

# *political*

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 1/2026

 Hanns  
Seidel  
Stiftung



## **NEUER KURS** **IN DER MIGRATIONSPOLITIK**

**PERSPEKTIVE**

Auf die europäische Art

**POLITIK VON AUSSEN BETRACHTET**

Bürokratieabbau

# «Es gibt ein Recht auf Asyl in Europa, aber kein Recht auf ein Wunsch- land.»

Alexander Dobrindt, Bundesinnenminister (CSU), 2025

## S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

kaum ein Politikbereich steht derzeit so im Spannungsfeld zwischen humanitären Verpflichtungen, sicherheitspolitischen Herausforderungen und gesellschaftlicher Akzeptanz wie die Asyl- und Migrationspolitik. Die Steuerung irregulärer Migration ist dabei eine der zentralen Aufgaben.

Die aktuellen Statistiken zeigen: Die Zahl der Asylersuchen und der irregulären Einreisen nach Deutschland und in die Europäische Union ist rückläufig. Das ist ein Zeichen dafür, dass erste Maßnahmen der Migrationswende Wirkung zeigen.

Doch zugleich müssen wir feststellen: Länder und Kommunen stoßen bei der Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen nach wie vor an ihre Belastungsgrenzen. Die Kapazitäten sind limitiert – nicht nur in infrastruktureller Hinsicht, sondern auch, was die gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft betrifft. Das politische und gesellschaftliche Klima ist spürbar angespannt. Die Debatten darüber sind intensiv, oft kontrovers. Es geht um nichts Geringeres als die Frage: Wie können wir irreguläre Migration nach Deutschland und Europa wirksamer steuern und begrenzen – und dabei gleichzeitig die notwendige Balance zwischen Humanität und Ordnung wahren?

Die Erfahrungen der Jahre 2015 und 2016 haben deutlich gemacht, dass eine unkontrollierte Zuwanderung das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und Integrationsprozesse erschwert. Ein funktionierendes Asylsystem setzt somit ordnungspolitische Strukturen voraus. Langfristig erfolgreiche Integration beruht auf klaren rechtlichen Rahmenbedingungen und Steuerungssystemen.

Mit dieser Veröffentlichung möchte die Hanns-Seidel-Stiftung Impulse für eine praktikable, krisen- feste und vorausschauende Asyl- und Migrationspolitik geben. Gleichzeitig wollen wir für eine Politik werben, die Ordnung als notwendige Voraussetzung für Humanität versteht.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

**Markus Ferber, MdEP**  
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung



**Markus Ferber, MdEP**

**HSS SCHWERPUNKT****MIGRATION, INTEGRATION  
UND ASYL****06** **Einführender Beitrag**  
Die Asylpolitik der Zukunft

4

**26** **Interview**  
Karl Straub und Nihat Demir über Integration**12** **Perspektive 1**  
Verschnaufpause nutzen.  
Das Asylrecht neu aufstellen**16** **Perspektive 2**  
Zuwanderung nach Deutschland – wie sie ist,  
was wir brauchen und wie wir dorthin kommen**22** **Perspektive 3**  
Auf die europäische Art**32** **Blick in die Welt**  
Tunesien – Transitland illegaler Migration**36** **Kommentar**  
Migration unter Kontrolle bringen –  
Mehr Rückführungen, kürzere Verfahren,  
flexiblere Instrumente**38** **Reportage**  
Ein Streit fast am Ende der Welt**44** **Nachgefragt bei ...**  
Petra Guttenberger**WEITERES****46** **Berliner Luft**  
Strategische Souveränität –  
Eine Frage des Überlebens**48** **Denkanstoß**  
Nockherberg – Gedanken zum Zusammen-  
spiel von Satire, Politik und Gesellschaft**52** **Politik von außen betrachtet**  
Bürokratieabbau – Warum gute Absichten  
oft das Gegenteil bewirken**56** **Von zwei Seiten betrachtet**  
KI und Jobs: Aufbruch in neue Arbeit?  
Oder Beschleuniger für Stellenabbau?**58** **Was macht eigentlich ...**  
Christa Stewens**60** **Parlamentarier online****62** **Damals**  
Militär im Umbruch –  
Die Bundeswehr im Wandel der Zeit**64** **hsswirkt**  
Töchter in Führung**66** **Zu guter Letzt**  
Mehr Eigeninitiative –  
weniger Versorgungsstaat**68** **Impressum**

5

# DIE ASYL POLITIK

# DER ZUKUNFT



**Dr. Susanne Schmid** ist seit 2012 Referatsleiterin für „Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration“ der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung.

Ferner leitet sie seit 2009 den Arbeitskreis „Migration, Integration und Weltbevölkerung“ der „Deutschen Gesellschaft für Demographie“ (DGD).

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie von 2008 bis 2011 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und von 2000 bis 2007 beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) tätig. Sie promovierte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und studierte Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Foto: HSS/Samuel Gumberger

## # Migration

### B

**Bayern, Deutschland und die EU stehen in der Asyl- und Migrationspolitik weiterhin vor großen Herausforderungen. Ob die Migrationswende nachhaltig gelingt, wird über die Zukunft der europäischen Demokratien entscheiden.**

Die Voraussetzungen für die Aufnahme politisch Verfolgter sowie anderer schutzsuchender Personen sind in Deutschland in Art. 16a Grundgesetz (GG), im Asylgesetz (AsylG) sowie in § 60 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Über die Asylanträge entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Seit seinem Bestehen (1953) stellten rund 7,3 Millionen Menschen in Deutschland einen Asylantrag, davon 6,3 Millionen seit dem Jahr 1990.

Deutschland war auch 2025 das Hauptzielland für Asylanträge in der EU.

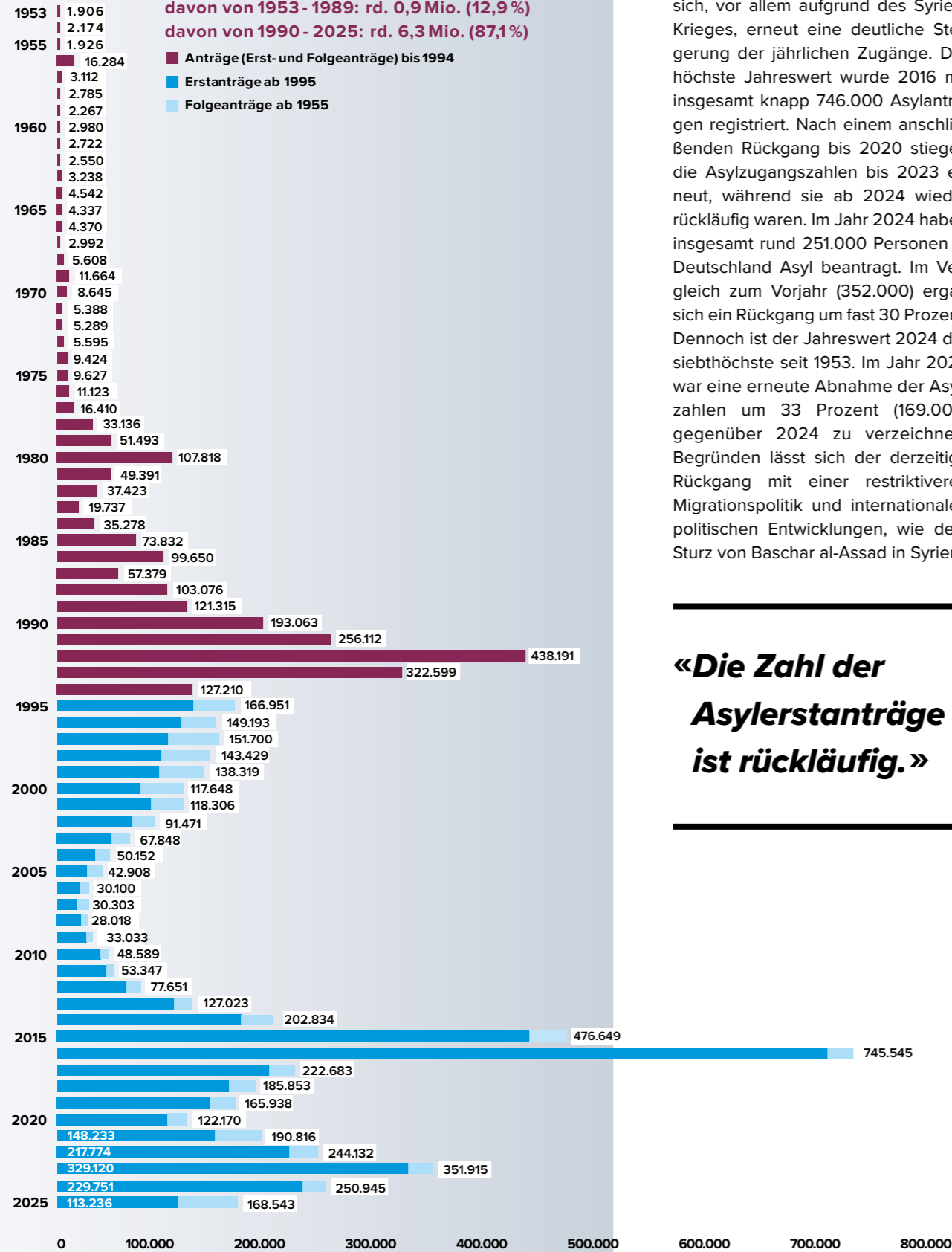
**Entwicklung der Asylgesuche in Deutschland seit 1953**

Die historische Entwicklung der Asylgesuche in Deutschland ist charakterisiert durch zwei große „Ausschläge“ (siehe Abbildung): Im Jahr 1992 wurden aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion und des Jugoslawienkrieges erstmals in Deutschland rund 440.000 Asylanträge registriert. Nach einer Grundgesetzänderung (Art. 16a GG) im Zuge des sogenannten Asylkompromisses von 1993 verringerten sich die Anträge Mitte der 1990er Jahre erheblich. Der niedrigste Wert wurde im Jahr 2008 mit rund 28.000 Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge)

**Asylantragszahlen  
seit 1953**

**Gesamtzugänge 1953 - 2025: 7,3 Mio.  
davon von 1953 - 1989: rd. 0,9 Mio. (12,9%)  
davon von 1990 - 2025: rd. 6,3 Mio. (87,1%)**

■ Anträge (Erst- und Folgeanträge) bis 1994  
■ Erstanträge ab 1995  
■ Folgeanträge ab 1995



Entwicklung der Asylantragszahlen seit 1953 bis 1995

Angabe in Personen

Ab 1995 Unterteilung in Erst- und Folgeanträge

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen (12/2025), 2026, S. 5. © BAMF

verzeichnet. In den Folgejahren zeigte sich, vor allem aufgrund des Syrien-Krieges, erneut eine deutliche Steigerung der jährlichen Zugänge. Der höchste Jahreswert wurde 2016 mit insgesamt knapp 746.000 Asylanträgen registriert. Nach einem anschließenden Rückgang bis 2020 stiegen die Asylozugänge bis 2023 erneut, während sie ab 2024 wieder rückläufig waren. Im Jahr 2024 haben insgesamt rund 251.000 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Im Vergleich zum Vorjahr (352.000) ergab sich ein Rückgang um fast 30 Prozent. Dennoch ist der Jahreswert 2024 der siebthöchste seit 1953. Im Jahr 2025 war eine erneute Abnahme der Asylozahlen um 33 Prozent (169.000) gegenüber 2024 zu verzeichnen. Begründen lässt sich der derzeitige Rückgang mit einer restriktiveren Migrationspolitik und internationalen politischen Entwicklungen, wie dem Sturz von Baschar al-Assad in Syrien.

**«Die Zahl der  
Asylostanträge  
ist rückläufig.»**

# A **sylogesetzgebung entschlacken, Gerichtsverfahren beschleunigen.»**

Die rund 1,3 Millionen Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine mussten in Deutschland kein Asylverfahren durchlaufen, weshalb sie in der Asylstatistik nicht ausgewiesen werden.

Die Zahl der Asylostanträge und der irregulären Einreisen nach Deutschland und in die Europäische Union ist rückläufig, was als Effekt der sogenannten Migrationswende gedeutet werden kann. Irreguläre Migration zu steuern und zu begrenzen erfordert – wie bereits 1993 – Mut, Weitsicht und Kompromissbereitschaft. Die Herausforderung besteht darin, die Prinzipien von Humanität und Ordnung in einer ausgewogenen Migrationspolitik zu vereinen und globale Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Zusammenhalt gleichermaßen zu berücksichtigen.

**Mittel- und langfristige Instrumente forcieren**

An kurzfristigen migrationspolitischen Maßnahmen wurde bereits viel umgesetzt mit verstärkten Grenzkontrollen, dem Aussetzen humanitärer Aufnahme, der Einschränkung von Sozialleistungen sowie der Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Mittel- und langfristig wurde jedoch erst wenig bewirkt, weshalb es nun diesbezügliche Maßnahmen zu forcieren gilt.

Mittelfristig sollte die Etablierung und Evaluierung von Migrationsabkommen

priorisiert, die Hürden für Arbeitsmigration abgebaut und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) umgesetzt werden. Ferner sollten die Migrations- und Asylgesetzgebung entschlackt, Gerichtsverfahren beschleunigt, Ausländerbehörden entlastet und Digitalisierung vorangebracht werden.

Langfristig sollte es darum gehen, Fluchtursachen zu bekämpfen, in Transit- und Nachbarländer zu investieren sowie Systemänderungen im Asylrecht zu erwirken.

Hierfür notwendig sind mehr Konstanz in der Migrationsdiplomatie und politisches Kompromissgeschick in den Bereichen Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen, Asyloauslagerung, Migrationsabkommen, Rückkehr und Abschiebungen, humanitäre Aufnahmeprogramme und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Migrationsabkommen mit sicheren Drittstaaten können dazu beitragen, irreguläre Migration und das Sterben im Mittelmeer zu reduzieren.

staaten, ganzheitliche internationale Zusammenarbeit mit Transit- und Herkunftsländern, verbesserte Lebensbedingungen und Schutzregime entlang der Migrationsrouten sowie strategisch eingesetzte legale Zugangswege für Arbeitskräfte, Familienangehörige und Geflüchtete.

International bräuchte es vorrangig die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern. Auf europäischer Ebene gilt es, die jüngste Asylreform konsequent fortzuentwickeln. National sollte man ressortübergreifend denken, um gleichzeitig irreguläre Migration zu reduzieren und reguläre Migration, in erster Linie Fachkräftezuwanderung, zu ermöglichen.

#### Zur Umsetzung des EU-Migrations- und Asylpakets

Die GEAS-Reform muss bis Sommer 2026 in Deutschland und allen anderen EU-Mitgliedstaaten vollständig in nationales Recht umgesetzt sein. Die Kernelemente des EU-Migrations- und Asylpakets sind jedoch rechtlich einfacher umzusetzen als praktisch. Die praktischen Hürden umfassen Infrastruktur, Personal und Finanzen. Zur Durchführung von Asylverfahren an der EU-Außengrenze muss erst die Infrastruktur geschaffen werden. Ferner ist die Funktionsausweitung von Eurodac zeit- und ressourcenintensiv. Zentrale Voraussetzungen für das Funktionieren von GEAS wären: Schutz der EU-Außengrenzen und dortige Durchführung von Asylverfahren, Verhinderung von Sekundärmigration durch Reform des Dublin-Systems sowie Solidarität mit den EU-Außengrenzstaaten. Tragfähige Rückführungsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten und einheitliche Standards bei Sozialleistungen in der EU wären ebenfalls entscheidend. Für eine wirksame europäische Migrationswende braucht es die konstruktive und verlässliche Unterstützung aller Demokraten. Gelingt dies nicht, gewinnen Rechte und Populisten.

---

**«Eine wirksame europäische Migrationswende braucht die konstruktive und verlässliche Unterstützung aller Demokraten.»**

---

#### Fazit und Ausblick

Eine nachhaltige Reform der Asyl- und Migrationspolitik erfordert also starken Gestaltungswillen, transparente Kommunikation, rasche Umsetzung und langen Atem, denn die Erfolge stellen sich erst mittel- bis langfristig ein. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen und die Voraussetzungen für eine praktikable, krisenfeste und vorausschauende Migrationspolitik zu schaffen.

Aufgrund geopolitischer Konfliktlagen, bestehender Wohlstandsunterschiede und klimatischer Veränderungen wird es in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Gründe für irreguläre Migration geben. Darauf gilt es vorbereitet zu sein. —

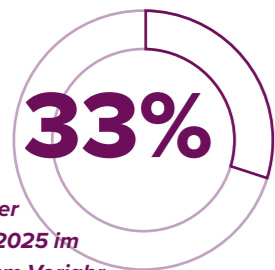
---

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung Handlungsoptionen für eine umsetzbare, weitsichtige und zukunftsfeste Asyl- und Migrationspolitik zu erarbeiten.

Dazu gehört die Etablierung eines Runden Tisches zur Asyl- und Migrationspolitik. Die Auftaktveranstaltung befasste sich im Juli 2025 eingehend mit den kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsoptionen hin zu einer umsetzbaren und zukunftsfesten Asylpolitik.

Der erste Runde Tisch behandelte im September die Frage, wie man irreguläre Migration nach Deutschland und Europa wirksamer steuern und begrenzen kann. Der zweite Runde Tisch lotete im November die Reformoptionen im Asyl-, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht aus. Der dritte Runde Tisch im Januar 2026 thematisierte „Leistungs- und Integrationsgrenzen am Beispiel Bayerns benennen“. In diesem Beitrag wurden zentrale Erkenntnisse der bisherigen Expertenrunden präsentiert.

**Mehr zum Thema „Runder Tisch Asyl- und Migrationspolitik“ lesen Sie unter:**



Rückgang der Asylzahlen 2025 im Vergleich zum Vorjahr

#### Migrationspolitischen Paradigmenwechsel einleiten

Um Migration zu steuern, bedarf es einer großen Bandbreite nationaler, europäischer und internationaler Maßnahmen, die situationsabhängig kombiniert erst den Steuerungserfolg erbringen. Kurzfristig kann man die Steuerungsleistung innerhalb des bestehenden Systems verbessern, langfristig bedarf es jedoch eines Systemwechsels. Denn auch die GEAS-Reform löst die bestehenden Strukturprobleme nicht.

Anzudenkende Maßnahmen wären: Vollzugsdefizite beheben, Entschlackung der komplizierten Einzelprüfungen, Abschaffung mehrfacher Asylanträge innerhalb Europas, Aufenthalt in Transitzentren während des gesamten Verfahrens, Rückkehrzentren und Asylverfahren in Dritt-

# VERSCHNAUFPAUSE

# NUTZEN

## DAS ASYLRECHT NEU AUFSTELLEN

# G

**Glück haben bekanntlich die Tüchtigen. Das gilt auch für die Asylpolitik der aktuellen Bundesregierung. Diese macht vieles richtig und doch liegt der Rückgang der Antragszahlen – ebenso wie der Anstieg zuvor – nicht vorrangig an innerstaatlichen Maßnahmen. Restriktionen entlang der Fluchtrouten und die veränderte Lage in Herkunfts- und Transitstaaten sind mindestens ebenso wichtig.**

**Unabhängig von den Ursachen verschafft der jüngste Rückgang der Bundesregierung eine Verschnaufpause. Die gewonnene Zeit muss sie nutzen, um die strukturellen Defizite anzugehen.**

Zu tun gibt es zuhauf. Nur wenige Ausländerbehörden arbeiten effizient, das Vollzugsdefizit bei der Ausreisepflicht besteht unverändert und die innereuropäische Verteilung von Asylbewerbern funktioniert kaum. Die EU-Asylreform, die im Juni 2026 in Kraft treten wird, verspricht Linderung, löst jedoch die Strukturprobleme nicht. Sollte die Zahl der Asylanträge früher oder später wieder steigen, wäre die „Asylwende“ schnell entzaubert. Das dürfte angesichts der seit zehn Jahren zu beobachtenden Globalisierung der Fluchtbewegungen sowie der politischen Instabilität und ökonomischen Perspektivlosigkeit in der Nachbarschaft Europas wahrscheinlich sein.

### Missverständnis der bisherigen Reformansätze

Seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 liegt das zentrale Missverständnis der Asylpolitik darin, Reformen innerhalb des bestehenden Systems gesucht zu haben. Beschleunigte Verfahren, effizienterer Vollzug und punktuelle

Verschärfungen ändern nichts daran, dass immer komplexere Einzelfallprüfungen bei strukturell erhöhten Antragszahlen die Gerichte und Behörden überfordern. Der Fehler liegt jedoch tiefer: in einer rechtlichen und administrativen Architektur, die politische Steuerung zunehmend verunmöglicht.

Ein Richtungswechsel verlangt drei Dinge. Erstens sind die Vollzugsdefizite anzugehen. Dazu müssen die Bundesländer – auch Bayern – ihre Hausaufgaben machen und selbst grundlegende Reformen dürfen kein Tabu sein. Die Bundesregierung sollte die „Prüfaufträge“ im Koalitionsvertrag für eine erweiterte Bundeszuständigkeit für Abschiebungen ernst nehmen. Der geplante „Abschiebungsterminal“ am Münchner Flughafen könnte als Pilotprojekt wichtiges Lehrmaterial bereitstellen.

Zweitens muss die Politik die Gesetzgebung entschlacken. Allerdings stößt eine solche Grundsatzreform schnell an



**Autor: Prof. Dr. Daniel Thym**  
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz

**«Sollte die Zahl der Asylanträge früher oder später wieder steigen, wäre die ‚Asylwende‘ schnell entzaubert.»**

## DER GEPLANTE ‚ABSCHIEBUNGSTERMINAL‘ AM MÜNCHNER FLUGHAFEN KÖNNTE ALS PILOTPROJEKT WICHTIGES LEHRMATERIAL BEREITSTELLEN



juristische Grenzen, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg die Grundstrukturen der Asylgesetzgebung an entscheidenden Stellen in die Menschenrechte hineinlas.

Drittens müssen also die Staaten durch eine geänderte Rechtsprechung politische Autonomie zurückgewinnen.

Aktivistisch im Sinn einer richterlichen Erfindung neuer Standards waren die meisten Urteile nicht. Häufig vollzogen die Richter schlicht nach, was in Europa seinerzeit weithin konsentiert war. Hatten die Staaten nicht 2005 einstimmig beschlossen, allen Bürgerkriegsflüchtlingen künftig einen „subsidiären Schutz“ zu gewähren – obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) diesen nicht kennt? In der Gegenwart wirkt diese Hochzonung politischer Entscheidungen freilich als Änderungssperre.

### Bundesregierung unterzeichnet nicht

Das Thema landete im Herbst des vergangenen Jahres unversehens weit oben auf der europapolitischen Agenda. Am 10. Dezember 2025 vereinbarten die 46 Mitglieder des Europarats, der die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verantwortet, beim nächsten offiziellen Treffen in Moldau im Mai 2026 eine politische Erklärung über die Migration zu verabschieden, die den Menschenrechtsgerichtshof zur

strengeren Auslegung anhalten dürfte. Gleichzeitig veröffentlichten 27 kritische Regierungen eine Stellungnahme, welche Rechtsprechungslinien sich ändern sollen. Die Bundesregierung, vertreten von Justizministerin Stefanie Hubig (SPD), unterzeichnete dieses Schreiben nicht.

Eine politische Erklärung wäre ein erster Schritt – mehr aber auch nicht. Politische Meinungen aller Vertragsstaaten sind zwar völkerrechtlich relevant, allerdings ist der Gerichtshof nicht verpflichtet, der Staatenmeinung zu folgen. Zwar dürften die Regierungen nach einer Erklärung symbolische „Erfolge“ verzeichnen, wenn einzelne Urteile zu ihren Gunsten ausgehen. Grundlegende Veränderungen, die eine langjährige Urteilspraxis abändern, lassen sich im Wege einer politischen Erklärung aber kaum erreichen. Die geplante Erklärung von Chişinău, Moldaus Hauptstadt, eignet sich nur als Auftakt für eine Grundsatzreform. Mit einem Zusatzprotokoll könnten die Staaten dem Gerichtshof rechtsverbindlich eine andere Auslegung vorgeben.

### Koalition der Willigen?

Bisher gibt es 16 Zusatzprotokolle, die allesamt den Grundrechtsschutz ausweiteten. Auch der Vorschlag eines Zusatzprotokolls Nummer 17 würde den Wortlaut der Menschenrechte nicht ändern, wohl aber deren Interpretation präzisieren. Das Protokoll könnte etwa klarstellen, dass das menschenrechtliche Abschiebungsverbot den Schutzbereich der GFK nicht überschreitet. Damit bliebe der

## «Ohne strukturelle Reform droht eine schleichende Erosion der Akzeptanz.»

Kern des Flüchtlingsschutzes gewahrt, während die Politik europäische Zusatzgarantien einschränken oder abschaffen könnte. Das gilt etwa für Abschiebungsverbote wegen krasser Armut, von denen bis 2023 viele Afghanen profitierten, bevor das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine Praxis änderte. Auch über den subsidiären Schutz vor Bürgerkriegsgefahren könnte die Politik erneut entscheiden. Juristisch wäre diese Forderung aus dem vergangenen CSU-Bundestagswahlprogramm ohne Zusatzprotokoll zum Scheitern verurteilt.

Ein zentraler Knackpunkt ist die Frage, ob ein Zusatzprotokoll von allen 46 Mitgliedern des Europarats ratifiziert werden muss, bevor es in Kraft tritt, oder ob eine „Koalition der Willigen“ voranschreiten kann. Nach Überzeugung des Verfassers wäre ein solches Voranschreiten im kleinen Kreis ungeachtet einiger ungeklärter Fragen prinzipiell denkbar. Nichtsdestotrotz wäre eine möglichst breite Be-

teiligung anzustreben, denn nur dann lässt sich das Ergebnis auch auf die Grundrechtecharta der Europäischen Union übertragen, die dieselben Rechte garantiert wie die EMRK.

Kurzfristige Entlastungen verspricht ein solcher Ansatz freilich nicht. Die Früchte würden frühestens am Ende der aktuellen Legislaturperiode geerntet, vermutlich sogar erst später. Die Reform wäre also eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des Asylsystems. Ohne strukturelle Reform droht eine schleichende Erosion der Akzeptanz – mit dem Risiko, dass autoritäre Kräfte die realen Defizite im Asylsystem nutzen, um die Menschenrechtsordnung insgesamt in Frage zu stellen. Wenn CDU, CSU und SPD dieses Land dauerhaft regieren können wollen, benötigen sie eine Langzeitstrategie. Ein Zusatzprotokoll könnte hierfür das Fundament bereiten. Ein handlungsfähiger Rechtsstaat braucht beides: wirksamen Schutz der Menschenrechte und politischen Gestaltungsspielraum. Ein Auslegungsprotokoll zur EMRK könnte helfen, dieses Gleichgewicht wiederherzustellen. ■

# ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND:

**Autor:** Prof. Dr. Ruud Koopmans  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Der 65-jährige gebürtige Niederländer (Gemeinde Uithoorn, Provinz Nordholland) ist Sozialwissenschaftler und seit 2013 Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Außerdem leitet er seit 2007 als Direktor die Forschungsabteilung „Migration, Integration und Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

© Dr. Ruud Koopmans

# A

**Aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen braucht Deutschland Zuwanderung. Allerdings ist die Zuwanderung seit 2010 zunehmend dysfunktional. Es findet eine Netto-Auswanderung von oft gut ausgebildeten deutschen Staatsangehörigen statt. Dafür findet zunehmend eine Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen in die Sozialsysteme statt, die die Folgen des demografischen Wandels für den Wohlfahrtsstaat verschlimmert statt verbessert.**

Auch das Einwanderungssaldo von EU-Ausländern, die im Allgemeinen eine sehr hohe Arbeitsmarktbeteiligung aufweisen, ist stark rückläufig. Und während die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen unter Deutschen stark abgenommen hat, ist sie bei Ausländern (vor allem aus Drittstaaten) stark angestiegen. Grund ist das bisher dysfunktionale europäische Asylregime, das zu einer unkontrollierten Zuwanderung aus Drittstaaten führt, von Menschen mit fehlenden oder defizitären Bildungsabschlüssen, die schlecht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind.

## **WIE SIE IST, WAS WIR BRAUCHEN UND WIE WIR DORTHIN KOMMEN**

**«Es hat eine erhebliche Folgemigration durch Familienzusammenführung aus dem Herkunftsland stattgefunden.»**

**Deutschland 1973: 450.000 italienische Gastarbeiter**

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Asylanträge deutlich zurückgegangen. Doch selbst wenn es Deutschland jetzt gelingen würde, die irreguläre Migration auf null zu reduzieren, haben wir mit erheblichen längerfristigen demografischen Konsequenzen zu rechnen, die vielfach unterschätzt werden. Ich

**«Es gibt immer noch erhebliche Integrationsprobleme bezüglich der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, etwa bei Bildung und Arbeit.»**

möchte das an einem historischen Vergleich illustrieren: Zurzeit des Anwerbestopps für Gastarbeiter im Jahr 1973 gab es in Deutschland 450.000 italienische, 250.000 griechische, 85.000 portugiesische, 22.400 marokkanische und 605.000 türkische Gastarbeiter.

Bis 2024 hat sich die Bevölkerung mit italienischem Migrationshintergrund etwa verdoppelt, ebenso die der Menschen mit griechischem oder portugiesischem Migrationshintergrund. Die Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund wuchs dagegen auf drei Millionen Personen an – eine Verfünffachung. Die kleinere Gruppe der Marokkaner hat sich sogar fast verdreizehnfacht (siehe Tabelle). In den hinsichtlich Familiennachzug und Einbürgerungspolitik früher noch liberaleren Niederlanden hat sich auch die türkischstämmige Bevölkerung im selben Zeitraum wie in Deutschland verdreizehnfacht.

Die Bevölkerungsstruktur wird grundsätzlich von den demografischen Faktoren Fertilität (Geburten), Mortalität (Sterblichkeit) und Migration (Zu- und Abwanderung) beeinflusst. Wie kommt es, dass trotz des deutschen Anwerbestopps im Jahr 1973 diese Gruppen so stark gewachsen sind? Die Antwort: Es hat zum einen nach dem Anwerbestopp in diesen beiden Gruppen der Marokkaner und Türken eine erhebliche Folgemigration durch Familienzusammenführung aus dem Herkunftsland stattgefunden. Der dauerhafte Aufenthalt in Deutschland und anderen europäischen Einwanderungsländern war und ist dabei ein wichtiges Tauschinstrument in Verhandlungen über das Zustandekommen von Ehen. Andererseits gibt es auch eine höhere Geburtenrate im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

**475.000 Menschen mit afghanischem Migrationshintergrund**

Wenn wir jetzt auf die heutige Situation der Migration schauen, dann müssen wir feststellen, dass im Jahr 2024 rund 1,2 Millionen syrisch-stämmige Personen in Deutschland lebten – mehr als 250.000 von ihnen haben sich inzwischen einbürgern lassen. Dazu kamen rund 475.000 Menschen mit afghanischem und 190.000 mit irakischem Migrationshintergrund. Blicken wir nun 50 Jahre in die Zukunft, also bis 2076 – eine vergleichbare Zeitspanne wie von 1973 bis 2025 – und nehmen an, dass trotz einiger Unsicherheitsfaktoren bei solchen Prognosen die Wachstumsraten dieser Bevölkerungsgruppen im Minimum ähnlich wie in den vergangenen 50 Jahren bei den Türken sein werden, also eine Verfünffachung, und im Maximum wie bei den Marokkanern, also eine Verdreizehnfachung. Dann werden wir in 50 Jahren möglicherweise zwischen sechs und 16 Millionen syrisch-stämmige Menschen in Deutschland haben, dazu zwischen zwei und sechs Millionen afghanisch-stämmige sowie zwischen einer und 2,4 Millionen irakisch-stämmige Personen.

**Personen mit ausgewählten ausländischen Staatsangehörigkeiten und mit weiterem Migrationshintergrund in Deutschland und in den Niederlanden, Jahre 1973 und 2024**

Geburtsstaat	1973	2024		
	Ausländer	Ausländer	Menschen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne	... darunter: mit eigener Migrationserfahrung
<b>In Deutschland</b>				
Italien	450.000	637.000	848.000	461.000
Griechenland	250.000	354.000	430.000	261.000
Spanien	190.000	201.000	235.000	142.000
Portugal	85.000	140.000	165.000	102.000
Türkei	605.000	1.544.000	3.062.000	1.440.000
Marokko	22.400	103.000	284.000	158.000
Ehem. Jugoslawien	535.000	1.476.000	2.225.000	1.447.000
<b>Σ Gastarbeiter-anwerbestaaten</b>	<b>2.137.000</b>	<b>4.455.000</b>	<b>7.414.000</b>	<b>4.118.000</b>
Syrien	ca. 5.000	975.000	1.230.000	991.000
Afghanistan	ca. 1.500	442.000	475.000	373.000
<b>In den Niederlanden</b>				
Türkei	35.000	92.000	457.000	234.000
Marokko	20.000	32.000	430.000	177.000

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, 2026; Statistics Netherlands; Prof. Dr. Ruud Koopmans.

Umfragen unter Syrern in Deutschland bestätigen, dass rund zwei Drittel in Deutschland bleiben wollen.

Im Vergleich zu Marokko und der Türkei sind Herkunftsländer wie Syrien, Afghanistan und Irak kulturell gesehen noch deutlich weiter von Europa, seinen Freiheiten und anderen Grundrechten entfernt. Dies zeigt sich in diesen Ländern etwa bei der Stellung der Frau oder dem Anteil arrangierter Ehen, nicht selten unter Verwandten. Allein diese drei Länder könnten dadurch in 50 Jahren nach obigen Berechnungen zwischen neun und 24,5 Millionen der Menschen in Deutschland ausmachen – vorausgesetzt, es wandern nicht noch zusätzlich weitere Menschen aus diesen Ländern über andere Kanäle als die Familienmigration ein, etwa als Flüchtling oder Arbeitsmigrant, was aber anzunehmen ist. Zudem ist der Familiennachzug heute deutlich leichter und die Staatsbürgerschaft viel schneller zu erlangen als in der Zeit ab 1973.

**Islamische Religion wichtiger**

Auch 50 Jahre nach dem Anwerbestopp gibt es immer noch erhebliche Integrationsprobleme bezüglich der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, etwa bei Bildung und Arbeit. Zwei Drittel der noch in der Türkei wahlberechtigten Deutschtürken stimmten obendrein wiederholt für den Islamisten Erdogan und fast die Hälfte sieht in Umfragen die islamische Religion als wichtiger als die deutschen Gesetze an. Natürlich gibt es auch viele erfolgreiche türkischstämmige Migranten, aber insgesamt ist es immer noch eine Gruppe, in der sich Integrationsprobleme konzentrieren. Das erklärt sich zum Teil aus ihrer Herkunft aus den eher ländlichen Regionen der Türkei. Diese Probleme aber werden in der Zukunft bei den meist von Gewalt, Unterdrückung und Rückständigkeit gekennzeichneten Ländern Syrien, Afghanistan oder Irak noch viel stärker vorhanden sein. Hinzu kommt die größere kulturelle Distanz, die nicht nur die Arbeitsmarktintegration weiter erschwert (unter anderem, weil sie oft mit einer Nicht-Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt einhergeht), sondern auch soziale und politische Konflikte wie soziale Segregation, Kriminalität und Fundamentalismus nährt.

**Asyl ist ein Recht auf Zeit**

Es braucht also Maßnahmen, um diesen Zuzug und die damit verbundene Folgemigration zu begrenzen. Auf-

**Knapp 4.000 Syrer kehrten in ihre Heimat zurück**

Natürlich könnte die sinkende Geburtenrate auch bei Zugewanderten in Deutschland sowie eine freiwillige oder rechtlich erzwungene Rückkehr einer großen Zahl von Asylbewerbern aus diesen Ländern die Zahlen

---

**«Hinzu kommt die größere kulturelle Distanz, die nicht nur die Arbeitsmarktintegration weiter erschwert.»**

---

senken – eine Rückkehr, wie sie die CSU bei den Syrern fordert. Zu erwarten ist das aber nicht unbedingt bei der frühen Aussicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft und einer teilweise zerstörten Heimat ohne Jobs, politische Stabilität sowie soziale Sicherung. Zudem haben sich viele Syrer hierzulande ein neues Leben aufgebaut. So kehrten nach dem Sturz des Assad-Regimes Ende 2024 auch nur knapp 4.000 Syrer bis November 2025 aus Deutschland in ihre Heimat zurück – aus der Türkei waren dies rund 470.000. Auch aktuelle

**EINBÜRGERUNGEN SOLLEN FÜR ASYLBEWERBER IN GROSSBRITANNIEN ERST NACH 20 JAHREN DAUERHAFTEN BLEIBERECHTS MÖGLICH SEIN.**

grund verschiedener Maßnahmen der Regierung Merz und der EU gibt es zwar einen deutlichen Rückgang der irregulären Migration, aber im Jahr 2024 auch eine Rekordzahl beim Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen von 120.000. Ein Blick nach Großbritannien könnte helfen: Dort hat die Labour-Regierung angekündigt, dass

---

**«Asylverfahren sollten in sichere Drittstaaten verlagert werden.»**

---

Asylbewerber, auch wenn sie anerkannt werden, erst nach 20 Jahren ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen können und dass alle zweieinhalb Jahre ihr Asylstatus überprüft werden soll. Einbürgerungen sind erst nach 20 Jahren dauerhaften Bleiberechts möglich – für Fachkräfte ist dies deutlich früher möglich. Asyl ist ein Recht auf Zeit, das wird oft vergessen. Aber mit den Regelungen, die wir jetzt haben, wird der Aufenthalt nicht temporär sein. Ein differenziertes Einbürgerungsrecht wie in Großbritannien könnte ein Teil der Lösung sein – ohne dabei gleich die sehr lange Wartezeit von 20 Jahren in den britischen Plänen zu übernehmen.

**Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten**

Um zugleich den Zustrom niedrig qualifizierter, schlecht integrierbarer Migranten in den Griff zu bekommen, ist eine grundlegende Reform des europäischen Asylsystems notwendig. Asylverfahren sollten in sichere Drittstaaten verlagert werden. Flüchtlinge sollten auf geregelte Art und Weise über Kontingente aufgenommen werden, wobei auch die Integrierbarkeit in die Arbeitsmärkte eine Rolle spielen sollte. Durch gezielte Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten könnte zugleich die Anwerbung von Arbeitsmigranten verbessert werden. Nur auf diese Weise können wir eine Zuwanderung bekommen, die wirtschaftlich und sozial nachhaltig ist, die hilft, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern und die politische Polarisierung reduzieren kann. —

# AUF DIE EUROPÄISCHE ART

**Autor:** Dr. iur. Magnus Brunner  
Mitglied der Europäischen Kommission für Inneres und Migration

## V

**Viel hat sich in der EU getan in Sachen Migration, viel wird sich noch tun. Das Chaos der Jahre nach 2015 und viele Versäumnisse wurden behoben – Ordnung, Kontrolle, schnelle Verfahren, verstärkte Rückkehr abgelehnter Asylbewerber, Kampf gegen Schlepper und eine deutliche Begrenzung der Migration stehen jetzt im Mittelpunkt.**

In den vergangenen zehn Jahren hat Europa im Bereich der Migration sehr viel Verantwortung übernommen. Viel Verantwortung – aber ohne ein funktionierendes System und ohne Kontrolle. Es waren sehr harte Verhandlungen und viel Streit, die zu einer Einigung für ein gemeinsames europäisches Asyl- und Migrationssystem geführt haben. Diese politische Einigung müssen wir jetzt umsetzen, und im Jahr 2025 haben wir dafür den Grundstein gesetzt: Europa hat geliefert – und die

deutsche Bundesregierung hat unsere Handlungsfähigkeit dabei grundlegend gestärkt.

### Chaos von 2015 bis 2016 ist vorbei

Wir verzeichneten in den vergangenen beiden Jahren einen Rückgang von 55 Prozent an illegalen Grenzübertritten. Dabei läuft unser neues digitales Grenzkontrollsystem (Entry-Exit-System) erst seit Oktober 2025. Es ist das weltweit fortschrittlichste IT-System – im gesamten Schengenraum konnten wir damit bereits 25 Millionen Grenzübertritte registrieren.

Knapp 15.000 Menschen, die keine Einreiseberechtigung in unsere Union haben – weil sie Identitäten gestohlen hatten oder kein aufrechtes, gültiges Visum besitzen – konnten an der Einreise gehindert werden. In wenigen Monaten treten



Besuch in der Frontex-Zentrale in Warschau: EU-Kommissar Magnus Brunner ließ sich im April 2025 von Mitarbeitern der Europäischen Grenz- und Küstenwache die neuesten Technologien zeigen, mit denen die Mitgliedstaaten vor Ort unterstützt werden.

**« Die Zeiten von Fragmentierung und Chaos wie in der Migrationskrise 2015 bis 2016 liegen hinter uns. »**

neue, lange ersehnte Vorschriften in Kraft. Damit ist klar: Die Zeiten von Fragmentierung und Chaos wie in der Migrationskrise von 2015 bis 2016 liegen hinter uns; wir gewinnen die Kontrolle darüber zurück, was in Europa passiert.

### Schutz denjenigen bieten, die ihn brauchen

Wir können nun also ein neues Kapitel aufschlagen. Eines mit einem neuen Migrationsansatz, welcher die Interessen und Werte der EU widerspiegelt. Diesen Ansatz müssen wir festigen.

Für die meisten Menschen in der EU und für mich bedeutet das ein Europa, das die Zügel fest in der Hand hält. Ein Europa, das weiterhin denjenigen Schutz bietet, die ihn wirklich brauchen. In dem die EU und ihre Mitgliedstaaten die Kontrolle haben, nicht Schlepper oder feindselige staatliche Akteure. Dafür braucht es klare, effiziente und faire Verfahren. Nicht ein System, das ausgetrickst werden kann. Schnelle rechtliche Entscheidungen statt Schlupflöcher, die illegale Aufenthalte in die Länge ziehen. Eine schnelle und würdige Rückkehr von Menschen



EU-Kommissar Magnus Brunner gibt dem lettischen TV-Sender „LTV1“ ein Interview, während seines Besuchs an der lettisch-belarussischen Grenze in der lettischen Gemeinde Augšdaugava im Oktober 2025.

## WIR KÖNNEN NUN ALSO EIN NEUES KAPITEL AUFSCHLAGEN.

ohne Aufenthaltsrecht. Denn das Streben nach einem besseren Leben ist ein legitimes Ziel – dabei illegal vorzugehen nicht.

Der Missbrauch des Systems beschert der Migration negative Schlagzeilen. Darunter leidet die öffentliche Unterstützung für Schutzbedürftige. Gleichzeitig entgehen uns neue Talente und Fachkräfte, die unsere Wirtschaft dringend benötigt.

### Migration reduzieren

Wenn wir ein Europa wollen, das weiterhin Schutz bietet und für Talente attraktiv ist, müssen wir die Zahl illegaler Einreisen senken – dauerhaft. Dies ist jetzt unsere oberste Priorität.

Die EU muss auf eigenen Füßen stehen, die Migrationspolitik entschlossen angehen und die Visumpolitik strategischer einsetzen. Vor allem müssen wir verstärkt mit Ländern außerhalb der EU zusammenarbeiten und hier unser Engagement intensivieren. Etwa indem wir, wann immer möglich, Partnerschaften eingehen und die Migration auf den Tisch legen.

Denn wir müssen am Ursprung ansetzen – da wo Migration entsteht, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den meist lebensgefährlichen Weg machen. Wir unterstützen Staaten entlang den Migrationsrouten dabei, Migranten in der Region besser zu schützen und auch ihre eigenen Grenzen besser im Griff zu haben.

### Einsatz mit Nachdruck

Gleichzeitig müssen wir die Kerninteressen der EU selbstbewusster verteidigen. Wir erwarten beispielsweise von Drittländern die Rückübernahme ihrer eigenen Staatsangehörigen – wozu sie nach internationalem Recht verpflichtet sind.

Die EU kann dem durchaus Nachdruck verleihen: Wir sind der größte Handelspartner für rund 80 Länder. Unsere Mitgliedstaaten stellen jährlich um die zehn Millionen Visa für Drittstaatsangehörige aus. Und wir, die EU und ihre Mitgliedstaaten, sind mit jährlich mehr als 90 Milliarden Euro der weltweit größte Förderer öffentlicher Entwicklungshilfe.



Sicherheit der EU weiter stärken: Magnus Brunner traf im Februar dieses Jahres in Montenegro Frontex-Mitarbeiter und nationale Grenzschutzbeamte. Insgesamt bewachen fast 180 Frontex-Mitarbeiter die EU-Außengrenzen der Balkanhalbinsel.

## INFOS ZUR PERSON

Der Österreicher Magnus Brunner ist seit 2024 der EU-Kommissar für Inneres und Migration. Der 53-jährige ÖVP-Politiker startete spät in die Politik: ab 2020 als Staatssekretär für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und ab 2021 als Bundesminister für Finanzen in Österreich. Der an der Universität Innsbruck promovierte Rechtswissenschaftler arbeitete zuvor beim Österreichischen Wirtschaftsbund und in der freien Wirtschaft.

**« Wenn wir ein Europa wollen, das weiterhin Schutz bietet und für Talente attraktiv ist, müssen wir die Zahl illegaler Einreisen senken – dauerhaft. »**

### Blick nach vorn

Wie es weitergeht: Wir werden unsere Visumpolitik und Kooperation mit Drittstaaten stärker verknüpfen – nicht nur hinsichtlich der Rückübernahme, sondern auch bei Grenzschutz, Sicherheit und der Bekämpfung von Schlepperkriminalität direkt in den Partnerländern. Denn der Zugang zur EU ist ein Privileg – und die Art und Weise, wie wir diesen Zugang regeln, eine strategische Entscheidung.

2026 werden wir auch die Mandate von Frontex und Europol weiterentwickeln, um die Mitgliedstaaten noch besser zu unterstützen, vor allem bei Rückführungen und im Kampf gegen Schlepperkriminalität.

Das kommende EU-Budget, der nächste mehrjährige Finanzrahmen, wird diese Prioritäten widerspiegeln. Im Entwurf der Kommission verdreifachen sich die Mittel für Migration und Innere Sicherheit. Wir zeigen, dass wir die Dinge auf unsere – auf die europäische Art – angehen. Wir sehen, es funktioniert. ■

# INTEGRATION IST KEINE EINBAHNSTRASSE»

Unbegrenzte Migration hat Folgen, insbesondere, wenn die Eingliederung der Zuwanderer scheitert. Über Hindernisse und Motoren für eine gelungene Integration sprachen Susanne Hornberger und Andreas von Delhaes-Guenther mit dem Bayerischen Integrationsbeauftragten Karl Straub und dem bayerischen Polizisten aus Berlin-Kreuzberg, Nihat Demir.

Fotos und Videos: Samuel Gumberger, Hanns-Seidel-Stiftung

**politicus:** Herr Demir, Sie sind ein Beispiel besonders gut gelungener Integration. In Berlin aufgewachsen, dennoch in Bayern angekommen.

**Nihat Demir:** Erst mal herzlichen Dank für das Lob. Es stimmt, ich bin in Berlin-Kreuzberg geboren und aufgewachsen, direkt am berühmtesten Görlitzer Park. Ich habe dort die ersten 25 Jahre meines Lebens verbracht und mich dann bei der Berliner Polizei beworben. Da Berlin kein Geld hatte, mich nach der Ausbildung zu übernehmen, hat man uns geraten, uns bundesweit zu bewerben – was ich getan habe. Und ich bin dem lieben Gott dankbar, dass Bayern als Erstes zugesagt hat – und ich heute hier bin. Heute bin ich bayerischer Lokalpatriot.

**Was sind die unabdingbaren Voraussetzungen für eine gelungene Integration?**

**Karl Straub:** Integration ist Austausch auf Augenhöhe, das wird oft missverstanden. Integration muss von beiden Seiten erfolgen, von der Aufnahmegesellschaft wie auch von demjenigen, der kommt. Die, die kommen, können das Beste aus ihrer Kultur mitnehmen und mit dem Besten aus unserer Kultur verbinden. Beide Seiten können dann profitieren. Aber was natürlich wichtig ist: Spracherwerb ist eines der Schlüsselemente, ebenso Arbeit. Für gelungene Integration ist außerdem wichtig, dass man nicht in seiner eigenen Bubble bleibt, sondern dass man aufeinander zugeht und sich

austauscht. Wir sind doch alle miteinander Bayern, zumindest die, die sich an unsere Regeln halten. Mein Tipp: Den Anderen einladen, sich ehrenamtlich engagieren, sich demokratisch einbringen. Kurz: Kimmts raus, lernst Bayern kennen, erlebst die Kultur, redets mit den Menschen.

**Demir:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wollen nicht toleriert, sie wollen akzeptiert werden. Dazu braucht es Offenheit. Ausbildung, Arbeit, Ehrenamt, das sind große Integrationsmotoren. Aber Integration, Toleranz, Respekt, das ist für mich alles keine Einbahnstraße. Es muss zwar ein Integrationsangebot geschaffen werden, das ist Aufgabe des Staates. Aber es muss auch ein Integrationswille da sein bei



Im Doppelinterview: Bayerns Integrationsbeauftragter Karl Straub (links) und der bayerische Polizist Nihat Demir.

**«Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wollen nicht toleriert, sie wollen akzeptiert werden.»**

*Nihat Demir*

Zuwanderern. Wer sich hier niederlassen will, der hat sich den hiesigen Gesetzen und Gebräuchen anzupassen, diese anzuerkennen und sich daran zu halten. Und natürlich, Sprache ist das A und O, die sollte jeder so schnell wie möglich lernen. Wenn ich nicht mit der heimischen Bevölkerung kommunizieren kann, kann ich mich auch nicht integrieren.

**Sie sind zweisprachig aufgewachsen, oder?**

**Demir:** Sogar dreisprachig, denn mein Vater ist kurdischer, die Mutter türkischer Herkunft - und selbstverständlich die deutsche Sprache, die ich in der Schule gelernt habe. Wie gesagt, ich bin in Berlin-Kreuzberg aufgewachsen, damals sehr türkisch

festgestellt, dass von 22 Schülern in der Klasse 21 türkischer Herkunft waren und nur ein einziger Deutscher. Mein Vater hat sich dann mit dem Kreuzberger Schulamt angelegt und dafür gesorgt, dass wir in eine weiter entfernte Schule nahe dem Checkpoint Charlie durften. Wir hatten deshalb eine Stunde Schulweg. Dort war aber die Verteilung besser, weil es mehr deutsche als migrantische Schüler gab. Wie sich herausstellte, haben wir die deutsche Sprache viel besser gelernt als die Nachbarkinder.

dominiert. Als mein älterer Bruder und ich ins schulpflichtige Alter kamen, hatten wir in der Umgebung drei Grundschulen, sogenannte Sprengelschulen. Mein Vater hat sie vor unserer Einschulung besucht und

Mein älterer Bruder ist heute Bauingenieur, ich bin Polizeibeamter. Ich denke, es ist uns gelungen, hier ein Teil der Gesellschaft zu werden. Mein Vater hat damals gesagt, wenn ihr die deutsche Sprache nicht be-

herrscht, dann könnt ihr euch auch nicht am Arbeitsmarkt behaupten. Damals habe ich ihn verflucht, weil ich um 6:30 Uhr aufstehen musste, während die anderen noch schliefen. Aber heute bin ich ihm für diese Hartnäckigkeit sehr dankbar.

**Zur Integration gehört auch nach Ihrer Ansicht ein Job. Aber rund die Hälfte aller Bürgergeldbezieher hat keinen deutschen Pass.**

**Was machen wir bei der Integration in den Arbeitsmarkt falsch?**

**Straub:** Ich wehre mich immer gegen diese einseitige Debatte, man muss schon differenziert die Nationalitäten betrachten, was die Gründe sind. Bei EU-Einwanderern wie Rumänen oder Bulgaren haben wir die europäische Freizügigkeit, da gelten andere Regeln. Viele der seit 2015 Zugewanderten haben sich integriert, aber man muss auch sehr deutlich machen: viele nicht. Ich wünsche mir, dass die Menschen, die in Arbeit sind, bei uns bleiben. Und dass man mit den Menschen über ihre Lebensperspektiven redet, die sich teilweise seit zehn Jahren nicht integriert haben. Weil man das natürlich nicht dauerhaft der einheimischen Bevölkerung erklären kann, dass sich so viele Neuankömmlinge im Bürgergeldbezug einrichten. Da ist die neue Bundesregierung jetzt aber auf einem guten Weg.

**Aber wie gelingt Integration, wenn Zehntausende geflüchtete Kinder und Jugendliche, teils aus Ländern mit sehr hohen Analphabetenraten wie Afghanistan, auf ein Bildungssystem treffen, das schon vorher zu wenig Lehrer hatte?**

**Straub:** Wir haben darum die Sprachstandserhebungen eingeführt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder die Sprache lernen. Ich mache mir aber mehr Sorgen um die Eltern, denn Kinder lernen relativ schnell. Wir müssen eher die Brücke bauen

zu den Eltern, dass sie verstehen, wir haben kulturelle Unterschiede und was hier passiert in der Schule im Vergleich zu ihrem Herkunftsland. Und Lehrer haben wir leider immer zu wenig.

**Demir:** Kinder kennen ja den Unterschied zwischen Deutscher, Türke, Syrer nicht. Kinder sind Kinder, die nehmen dich auf in die Gruppe und dann lernst du spielend die Sprache. Ich glaube, ich habe es innerhalb von sechs, acht Wochen gelernt, auch in

---

**«Kinder lernen relativ schnell. Wir müssen eher die Brücke bauen zu den Eltern.»**

Karl Straub

der Nachmittagsbetreuung. Und so lernst du's, weil die Eltern müssen ja - im besten Fall - arbeiten gehen und für den Lebensunterhalt sorgen. Und wo gehen sie arbeiten? Wenn sie aus der Türkei kommen, ich nehme jetzt mal das Klischee, dann arbeiten sie in einer Dönerbude, weil man sich dort besser verständigen kann. Aber wenn ich von Kollegen oder Kunden umgeben bin, die zu 90 Prozent aus meiner Heimat sind, dann ist der Erfolg beim Sprachlernen sehr gering.

**Straub:** Da haben wir übrigens in Bayern über das Anwerbeabkommen damals schon den Ansatz gewählt, dass man spezifisch Frauen angesprochen hat, auch zu arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen – weil sie ja meist zu Hause

geblieben sind. Das hat teilweise Jahrzehnte gedauert, aber auch da hatten und haben wir Erfolge. All diese Menschen haben auch zu unserer Wohlstandsentwicklung einen erheblichen Teil beigetragen, ohne sie würde es gar nicht mehr gehen.

**Stichworte Kriminalität, Schwimmbäder, Kalifat- und Anti-Israel-Demos, Kölner Domplatte und vieles mehr. Wie reagieren Sie auf den Vorwurf, Integration sei gescheitert?**

**Straub:** Die Integration ist nicht gescheitert, vor allem hier in Bayern nicht. Da wird mir der Polizeibeamte Recht geben. Objektiv betrachtet ist Bayern sicherer denn je. Aber woran man natürlich arbeiten muss, ist das subjektive Sicherheitsgefühl. Tatsache ist, die Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind richtigerweise in den vergangenen Jahren massiv geschärft worden. Heute sind also Taten strafbar, die früher nicht strafbar waren – damit habe ich natürlich auch einen Anstieg der Kriminalität in diesem Bereich und auch insgesamt. Ohne die Vorfälle mit Migranten verharmlosen zu wollen, sind Freibäder in Bayern auch weiter sehr sicher. Die allermeisten Menschen, die zu uns kommen, wollen einfach ein besseres Leben und Arbeit.

**Gerade bei Gewalt- und Sexualdelikten ist allerdings nicht nur ein deutlicher Anstieg, sondern auch ein sehr hoher Anteil migrantischer Täter festzustellen. Das ist dann nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl.**

**Demir:** Das stimmt, es ist tatsächlich ein Anstieg da. Und ja, Bayern ist das sicherste Bundesland. Aber wir wurden seit 2015 regelrecht überannt und haben uns viel mehr zugemutet, als wir in Deutschland an Integration hätten leisten können. Wir haben uns überschätzt und die Situation unterschätzt. Da hat das eine zu dem anderen geführt. Ohne genaue Kontrollen haben wir unsere

Tore weit aufgemacht, eben leider auch für schwarze Schafe unter den Migranten. Ich sehe mich da doppelt bestraft als Muslim und als Migrant, weil viele der Täter einen muslimischen Background haben. Deswegen stehe ich oft in doppelter Erklärungsnot. Diese Täter sind Gott sei Dank nur ein kleiner Anteil der migrantischen Bevölkerung ebenso wie der Asylbewerber. Der große Anteil, der versucht, sich zu integrieren, hier Fuß zu fassen, der fällt ja nicht auf. Über die redet auch keiner. Die, die negativ auffallen, sind in der Regel immer jugendliche Heranwachsende, die nichts mit sich und ihrer Zeit anzufangen wissen.

**Aber wir haben ja in erster Linie jugendliche Heranwachsende aufgenommen.**

**Demir:** Ja, das stimmt. Und das ist auch ein Fehler aus meiner Sicht, wir haben eben nicht kontrolliert, wer zu uns ins Land gekommen ist. Wir haben auch viele Warnhinweise nicht wahrgenommen. Das hat zu dieser Situation geführt, in der wir heute sind.

**Straub:** Und wenn wir über 2015 reden: Die CSU hat hierzu immer eine sehr klare Haltung vertreten, eine andere als die damalige Bundeskanzlerin. Der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer wurde dafür als menschenfeindlich beschimpft, aber er bestand immer auf den Zweiklang Humanität und Ordnung. Das ist auch wichtig für die gesellschaftliche Akzeptanz. Dafür muss man Migration begrenzen und steuern. Eine Auffassung, für die auch ich jahrelang verurteilt und in die rechtsradikale Ecke gestellt wurde. Es ist aber ein pragmatischer Ansatz: Viele, die kommen, brauchen zum Beispiel psychosoziale oder ärztliche Betreuung. Und wir brauchen die schulischen Voraussetzungen für die Zugewanderten. Wenn dann so viele Menschen auf einmal kommen, dann haben Sie einfach nicht mehr die



„Ich wünsche mir, dass die Menschen, die in Arbeit sind, bei uns bleiben“, sagt Karl Straub (rechts) im Gespräch mit Susanne Hornberger, Leiterin der Kommunikation der HSS (erste von links), Andreas von Delhaes-Guenther, Leiter des Referats Publikationen (Mitte hinten), und Nihat Demir (zweiter von links).

29

---

**«Was für uns zählt, ist das Grundgesetz. Das zu verlangen, hat man aber nicht nur in Berlin über Jahrzehnte versäumt.»**

Nihat Demir

Möglichkeiten, damit Integration gelingt. Dann warten diese Menschen vier, fünf Jahre perspektivlos in unserem Land auf ihr Asylverfahren und weitere Probleme folgen. Trotzdem können wir Bayern wahnsinnig stolz sein, was wir als damaliger Erstankunftsort alles geschafft haben. Stellen Sie sich vor, die wären alle in Berlin angekommen!

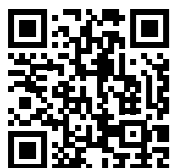




## Karl Straub, MdL

- Geboren 1971 in Ingolstadt
- Bankkaufmann, Kfz-Mechaniker, Kfz-Betriebswirt
- Seit 2013 Abgeordneter des Bayerischen Landtags
- Seit 2023 Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
- Verheiratet, zwei Kinder

**Für Karl Straub gibt's den Schlüssel für eine gute und gelungene Integration. Welcher das ist, sehen Sie in diesem Video:**



**Seit Jahren zeigen Umfragen unter Muslimen, dass viele den Koran wichtiger finden als das Grundgesetz und gerne islamisches Recht in Deutschland einführen wollen. Unsere Werte sind also ein echtes Zugpferd, oder?**

Demir: Es stimmt, hier scheint die Integration nicht unbedingt gelungen. Das ist auch ein Versäumnis der Union, das will ich hier klipp und klar sagen. Wir sind zu lange nicht in diese Gemeinden reingegangen. Muslime sind von Haus aus konservativ. Wenn wir sie nicht gewinnen, gewinnt sie aber jemand anderes, so einfach ist die Rechnung. Und fragen Sie doch mal Christen, was ist wichtiger, die Bibel oder die deutschen Gesetze, dann können wir das vergleichen.

**Im Gegensatz zur Bibel gilt der Koran seinen Gläubigen aber als das direkte Wort Gottes und ist daher kaum auslegungsfähig. Der strenge Islam ist auch die praktizierte Realität in der islamischen Welt. Ist der Islam, egal in welcher Ausrichtung, ein Integrationshindernis?**

Demir: Wenn der Koran wirklich so klar definiert wäre, warum gibt es

**«In Bayern gibt es keine No-Go-Areas wie in Berlin, weil das seit Jahrzehnten einfach bayerische Politik ist.»**

Karl Straub

dann so viele verschiedene Richtungen des Islams? Ein Vergleich: Die ersten sechs Monate meiner Polizeiausbildung waren deutsche Gesetzestexte für mich alles böhmische Dörfer. Ich habe nichts verstanden. Und ähnlich ist es mit dem Koran, der in einer blumigen Sprache verfasst wurde, die sehr viel Auslegungsbedarf hat. Da musst du schon ein tieferes Studium machen, dass du das richtig verstehst. Das Problem sind die geistigen Brandstifter, die die Unwissenheit ihrer Gemeinde, die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen oder deren Suche nach einer Respektsperson ausnutzen. Oft findet so eine Radikalisierung übrigens im Internet statt, über radikale Prediger auf Social Media. Die interpretieren dann Dinge wie Menschenwürde, Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung von Mann und Frau falsch. Das führt letztlich dazu, dass heute der Islam sehr oft gleichgesetzt wird mit dieser politisch motivierten Ausnutzung. Deswegen suche ich auch den interreligiösen Dialog.

**Straub:** Laut Koran muss man Andersgläubige respektieren. Das wissen viele auf beiden Seiten nicht. Wir

müssen Vorurteile bekämpfen. Die allermeisten Muslime, die ich kenne, sind ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft, zum Teil hier geboren. Sie möchten ganz normal und in Frieden ihre Religion ausüben.

**Demir:** Ja, da ist noch sehr viel Aufklärungsarbeit geboten, auf beiden Seiten. In unserer Community sind Kirche und Staat strikt getrennt. Was für uns zählt, ist das Grundgesetz. Das zu verlangen, hat man aber nicht nur in Berlin über Jahrzehnte versäumt. Das heißt, man hat immer alle schalten und walten lassen wie sie wollten. Wenn ich mir das heute anschau, wie es im Görlitzer Park abgeht - der zu meiner Zeit ein Treffpunkt für Familien war, ein grüner Erholungspark im Herzen der Stadt. Und dann wollte der grün regierte Bezirk den Drogendealern, die teilweise nicht mal einen Aufenthaltsstatus haben, im Park eigene Verkaufsplätze zuweisen!

**Straub:** Wer nach Berlin kommt, der wird immer belehrt, dass alle so liberal sind und es keine Grenzen gibt. Aber in Bayern gibt es keine No-Go-Areas wie in Berlin, weil das seit Jahrzehnten einfach bayerische Politik ist. Dass hier das Gesetz gilt, aber eben auch die bayerische Lebensart „leben und leben lassen“. Hier darf jeder seinen Glauben ausüben, aber Grundlage des Zusammenlebens sind unsere Gesetze. Wer das nicht kann, muss damit rechnen, dass der muslimische Polizist Nihat Demir kommt und ihn einsperrt. Egal ob ich Christ, Muslim oder Atheist bin. Integration erfordert neben der entsprechenden Kindererziehung in der Schule auch die harte Hand bei Straftaten, auch wenn wir von links dafür immer wieder kritisiert werden.

**Die Frauen-Union (FU) fordert ein Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit. Zustimmung?**

**Straub:** Ja.

## Nihat Demir

- Geboren 1975 in Berlin
- Seit 26 Jahren Polizeibeamter in München
- Seit 2026 CSU-Stadtrat in München
- Verheiratet, drei Kinder

**Demir:** Dem stimme ich schon allein aus polizeilicher Sicht voll zu.

**Hilft ein deutscher Pass bei der Integration?**

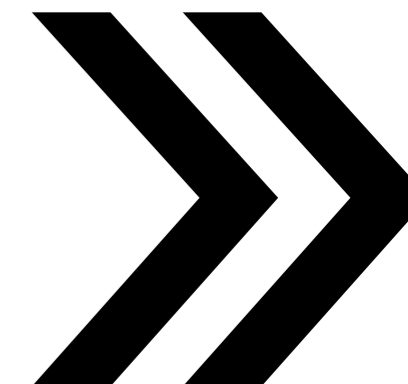
**Straub:** Integration ist individuell. Das hat nicht mit dem Pass zu tun. Wenn die Person sich integrieren will, dann wird sie auch mit dem Pass ihres Heimatlandes integriert sein.

**Demir:** Wenn ich den deutschen Pass verlange, bin ich integriert.

**Herr Straub, Herr Demir, wir danken für das Gespräch. —**



**Wer Nihat Demir geholfen hat, sich in Deutschland zu integrieren, erzählt er im Video:**



# TUNESIEN

## TRANSITLAND ILLEGALER MIGRATION

**Autor:**  
**Kristof Duwaerts**  
HSS-Projektleiter  
Tunesien und Algerien



33

# D

**Bereits in der Antike diente das nordafrikanische Land den Römern als Ausgangspunkt für ihre Expansionen auf dem Kontinent wie archäologische Zeugnisse belegen. Bis heute sind die Verbindungen zwischen Tunesien und Europa eng und stark. Aktuell sind fast 6.500 tunesische Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Aber das Land wird auch immer mehr zum Zielpunkt für illegale Migranten aus Somalia, Eritrea oder Kamerun.**

Das zentrale Mittelmeer gilt als tödlichster Migrationskorridor weltweit. Relativ kurze Wege sind für zahlreiche Menschen aus Subsahara-Afrika, aber auch aus krisengeschüttelten Ländern West- und Zentralasiens verlockend, die Überfahrt mit kriminellen Schleusernetzwerken von Nordafrika nach Italien zu wagen. In den vergangenen zwei Jahren bezahlten weit mehr als 2.000 Migranten, darunter viele Kinder, dieses Wagnis mit ihrem Leben. Seit 2014 liegen die Zahlen bei weit mehr als 30.000. Verschärfte Kontrollen seitens europäischer Staaten erschweren die Überfahrt zusätzlich. Die Folge: Die eingesetzten Boote werden immer kleiner und unsicherer. Nach

Schätzungen der italienischen Küstenwache ertranken Mitte Januar 2026 allein an einem Tag bis zu 380 Menschen, die aus Tunesien in See gestochen waren.

### 6.500 tunesische Studenten an deutschen Hochschulen

Tunesien, in Deutschland spätestens seit den 1990-ern als Sehnsuchtsort zahlreicher Pauschalurlauber bekannt und etwa zwei Flugstunden von München entfernt, ist in vielerlei Hinsicht ein Brückenkopf zwischen Europa und Afrika. Bereits in der Antike nutzten die Römer Tunesien als Ausgangspunkt ihrer Expansion auf dem afrikanischen Kontinent; zahlreiche archäologische Zeugnisse erinnern bis heute daran. Auch in der Gegenwart bestehen enge Verflechtungen: Mehr als 300 deutsche Unternehmen produzieren in Tunesien, mehr als 90.000 Menschen sind dort beschäftigt. Aktuell sind ungefähr 6.500 tunesische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben – die Bedeutung des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Deutschland steigt rapide. Gut ausgebildete Tunesier arbeiten seit Jahrzehnten in Europa. Die Rücküberweisungen von im Ausland beschäftigten

*Malerisch: die tunesische Hafenstadt Bizerte am Mittelmeer. Sie ist die nördlichste Stadt Afrikas. Bereits in der Antike galt Bizerte als ein bedeutendes See- und Handelszentrum.*

© Kristof Duwaerts

tunesischen Staatsbürgern machten 2024 knapp sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 30 Prozent der Währungsreserven des Landes aus.

### Lampedusa erlangte traurige Berühmtheit

Tunesien ist allerdings auch Transit- und Zielland irregulärer Migration aus dem Sudan, Somalia, Eritrea oder Kamerun und weiteren Ländern Afrikas. Die Gründe sind: die politischen Umbrüche seit dem Jahr 2011 sowie die schiere geografische Nähe Tunesiens zu Europa. So ist beispielsweise die südtunesische Stadt Sfax nur 140 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa, die während der Flüchtlingskrise traurige Berühmtheit erlangte, entfernt.

Während reguläre Migration einen bedeutenden stabilisierenden Faktor für die nationale Wirtschaft darstellt, die aktuell eine schwere Krise durchmacht, wird viel unternommen, um irreguläre Migration zu unterbinden. Präsident Kais Saied, seit 2019 im Amt, ist für seine dezidiert migrationskritische Haltung und Rhetorik bekannt. Diese negative Einstellung findet auch in Teilen der Bevölkerung Resonanz. Im öffentlichen Diskurs findet man einen Mix aus wirtschaftlichen und verschwörungstheoretischen Argumenten. Erstere zielen darauf ab, dass Migranten Arbeit für weniger Geld leisteten und eine Belastung für den ohnehin strapazierten öffentlichen Sektor darstellten. Tatsächlich arbeiten viele Migranten im Tagelohnsektor, um Geld für die Überfahrt zu sparen.

Migration, so ein anderes häufig gehörtes Argument, werde von ausländischen Mächten gezielt eingesetzt, um den sozialen Zusammenhalt und die „tunesische Identität“ zu zerstören. Aber auch, um sich der eigenen Migrationsprobleme – auf Kosten Tunesiens – zu entledigen.

### Schleuser bekämpfen, Menschen schützen

Kein Wunder, dass es zahlreiche politische Initiativen gibt, die darauf abzielen, wahrgenommene „Souveränitätsverluste“ auszugleichen und Migration stärker zu steuern. Als zentrales internationales Referenzdokument gilt dabei ein „Memorandum of Understanding“ (kurz: „MoU“), das 2023 zwischen der tunesischen Regierung und der Europäischen Union unterzeichnet wurde. Ziel: Breitere Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, (grüne) Energie sowie den sozio-kulturellen Austausch



Die tunesische Nationalgarde fängt vor der Küstenstadt Sfax ein Boot mit Migranten aus Subsahara-Afrika ab, die übers Mittelmeer nach Italien wollten.



La Goulette, ein 2.500 Jahre altes Fischerdorf, gehört wie die Hafenstadt Sfax zu den Hochburgen für Schlepper. In Stahlbooten bringen sie die Flüchtlinge nach Europa.



Wochenmarkt in der Kleinstadt Marsa (Nordosten Tunesiens), auf dem jeden Sonntag Einheimische regionales Obst und Gemüse kaufen.

zu fördern. Zugleich sah das Dokument eine enge Zusammenarbeit im Bereich Migration vor. Irreguläre Migration sollte gemeinsam verringert, Schleusernetzwerke bekämpft, Menschenleben geschützt und legale Mobilität gefördert werden. Wenngleich es sich bei dem „MoU“ formal um eine politische Absichtserklärung ohne rechtlich bindenden Charakter handelt, wurde es in der politischen Praxis vielfach als konditionalisiert wahrgenommen.

Aus tunesischer Perspektive bestand die intensive Zusammenarbeit darin, irreguläre Migration einzudämmen und dafür wirtschaftliche Unterstützung von der Europäischen Union (EU) zu bekommen.

### Legitime Abschiebung

In der Folge wird das Dokument heute vor allem als migrationspolitisches Instrument wahrgenommen. Im Jahr 2025 ging die EU einen Schritt weiter: Sie kündigte an, Tunesien zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Das kann so verstanden werden, dass irreguläre Migration aus Tunesien per se unbegründet wäre, eine Abschiebung in dieses Land also nicht nur legitim, sondern angezeigt wäre.

Seit Unterzeichnung des „MoU“ im Juli 2023 sind die Zahlen aus Tunesien stammender irregulärer Migration drastisch rückläufig. Örtliche Behörden haben ihre Grenzkontrollen verschärft, Rückführungen aufgegriffener Migranten erhöht, und irreguläre Camps teils gewaltsam geräumt. Die Zahl „freiwilliger Rückkehrer“ erreichte im Jahr 2025 nach Angaben der internationalen Organisation für Migration (IOM) entsprechend ein Rekordhoch. Parallel gab es eine (Rück-)Verlagerung der Migrationsrouten nach Osten. Die libysche Küste ist aufgrund ihrer schieren Länge, des fortdauernden Bürgerkriegs im Land mit entsprechenden Folgen für Zuständigkeiten und einer deutlich gesteigerten Korruptionsanfälligkeit vergleichsweise durchlässig. Andererseits ist die Überfahrt von Libyen Richtung Europa deutlich riskanter.

### Keine grundsätzliche Lösung

Während irreguläre Migration in Tunesien eine deutlich geringere Rolle spielt und die Opportunitätskosten für Migration deutlich gestiegen sind, bedeutet dies keine grundsätzliche Lösung irregulärer Migration nach Europa.

Wenngleich die EU parallel mit Libyen in Verhandlungen steht, liegt eine mittel- bis langfristige Lösung nur darin, die Konditionen in den Herkunftsregionen irregulärer Migration nachhaltig zu verbessern. Dies gelingt mit einer Koordination außenpolitischer und wirtschaftspolitischer Anreize – gekoppelt an eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit. —

**Was es mit den tunesischen Städten Sfax und La Goulette auf sich hat, erklärt unser HSS-Projektleiter für Tunesien und Algerien, Kristof Duwaerts, im Video:**



# MIGRATION UNTER KONTROLLE BRINGEN

**Mehr Rückführungen, kürzere Verfahren, flexiblere Instrumente**

**Autorin: Lena Düpont**  
Mitglied des Europäischen Parlaments

36

## N

**Nach langwierigen Verhandlungen hat die Europäische Union (EU) 2024 erstmalig Regeln für einen gemeinsamen Schutzraum festgeschrieben und Solidarität sowie Verantwortung definiert. Der Gewährung des hohen Schutzgutes entsprechend bedeutet das auch: Alle ohne Schutzberechtigung dürfen gar nicht erst einreisen oder müssen die EU konsequent verlassen. Gerade hier ist im Zusammenspiel von Mitgliedstaaten und EU allerdings noch viel Luft nach oben – nur einer von derzeit fünf Nicht-Aufenthaltsberechtigten verlässt effektiv die EU.**

### Rückführungen erleichtern

Um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden, konzentrieren wir uns in den aktuellen Verhandlungen zur Rückführungsverordnung vor allem darauf, Rückführungen praktischer umzusetzen, Sicherheitsfälle konsequenter zu behandeln und den Mitgliedstaaten flexible Instru-

mente an die Hand zu geben, um ein Untertauchen zu verhindern. Denn eines war immer klar: Der Pakt ist der Startpunkt, nicht das Ende der gemeinsamen Anstrengungen.

### Verfahren verkürzen

Dazu passt auch, dass die jüngst verabschiedete Liste der sicheren Herkunftsstaaten sowie das Konzept der sicheren Drittstaaten weitere Entlastung der überstrapazierten nationalen Kapazitäten bieten werden. Kommt ein Asylbewerber aus einem Staat, der auf der Liste der sicheren Staaten steht oder ist durch einen Staat gereist, in dem bereits ein Schutzersuchen hätte gestellt werden können, oder mit dem die Europäische Union oder einzelne Mitgliedstaaten ein Abkommen haben, kann das Asylbegehren als offensichtlich unbegründet abgewiesen werden. Ich finde es sehr bedauerlich, dass sich Teile des Europäischen Parlaments bei diesem wichtigen



*Lena Düpont ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments. Die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende von Niedersachsen studierte Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität Erlangen und arbeitete als Redakteurin. Auch nach ihrer Wiederwahl 2024 ist sie unter anderem Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Schengen und Außengrenzen im Europaparlament.*

37

Steuerungsinstrument von vornherein einer gemeinsamen Herangehensweise verweigert haben und rundweg die Ablehnung der Kommissionsvorschläge gefordert haben – bevor die Verhandlungen überhaupt angefangen hatten. Damit verkennen sie nicht nur die entlastende Wirkung für die Mitgliedstaaten, sondern senden vielmehr ein fatales Signal in die Bevölkerung: Management und Kontrolle im Bereich Asyl und Migration ist scheinbar von ihnen nicht gewollt.

### Neue Strategien

Das ist auch deswegen so bemerkenswert, da insbesondere die vergangenen Jahre deutlich gezeigt haben, dass eine konsequente Asyl- und Migrationswende der Wunsch der Mehrheit der Bürger der Europäischen Union ist. Umso begrüßenswerter ist es, dass nun auch Deutschland wieder zu den Staaten gehört, die Steuerung und Ordnung in den Vordergrund stellen. Das Ineinandergreifen der

europäischen und nationalen Ausweisung von sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, Maßnahmen zur Begrenzung des Familiennachzugs, der Stopp zahlreicher freiwilligen Aufnahmeprogramme, die Betonung von Sicherheitsfragen bei laufenden Programmen sowie die angefangene Umstellung auf Sachleistungen sind dabei wichtige Signale, die am Ende nicht nur der besseren Ordnung und Steuerung dienen, sondern auch deutlich machen, dass Schutz ein hohes Gut ist, das vor Missbrauch geschützt werden muss. Deswegen werden wir als EVP auch auf europäischer Ebene weiter daran arbeiten, das volle Instrumentarium der EU im Bereich Drittstaatskooperation, zu der auch eine stringente Visapolitik gemäß der neuen Visastrategie gehört, so einzusetzen, dass sie der Sicherheit der Europäischen Union und der Verbesserung im Bereich Rückführungen gerecht wird. —

# EIN STREIT

## FAST AM ENDE DER WELT



Das kleine Bergdorf Gunzesried-Säge in den Allgäuer Alpen ist nur wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. 80 Menschen leben hier. Es gibt keinen Bäcker, keinen Metzger, keinen Supermarkt – ohne Auto hat man es hier schwer. Dennoch will das Landratsamt Oberallgäu hier bis zu 45 ukrainische Flüchtlinge für fünf Jahre in einem ehemaligen Gästehaus in dem Ort unterbringen – das stößt auf Widerstand.

**Autorin:** Anne Wildermann

Politikredakteurin und stellvertretende Leiterin des Referats  
Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung

**Fotos:** Samuel Gumberger

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

**Videos:** Marc Mettel

Ausbildung zum Veranstaltungskaufmann bei der Hanns-Seidel-Stiftung

# V

Vereinzelt hängen Nebelschwaden in den Nadelbäumen des Alpenbergdorfs Gunzesried-Säge (Landkreis Oberallgäu). Die österreichische Grenze liegt zehn Kilometer Luftlinie entfernt. Knapp 80 Einwohner zählt das Dorf, 50 von ihnen haben hier ihren Hauptwohnsitz, 30 sind rumänische Gastarbeiter, die in einem Schlachthof in Kempten arbeiten und nur temporär im Dorf wohnen.

Es regnet ohne Unterlass an diesem Wintertag im Februar. Auf den Wiesen und Weiden liegt eine weiße Schneedecke. Nur das Rauschen des Ostertalbachs und das Plätschern

des Regens ist zu hören – ansonsten herrscht hier oben einfach nur Ruhe.

### Widerstand mit Petition

Diese Ruhe will Robby Lange nicht mehr missen. Der gebürtige Berliner lebt seit 25 Jahren im Allgäu, hat 2007 die einstige Jugendherberge des Dorfes gekauft und daraus den „Heubethof“ gemacht. Ein kleines Sporthotel für Wanderer, Skiläufer und Kajakfahrer – generell für Menschen, die an diesem idyllischen Ort, der einem Postkartenmotiv gleicht, ausspannen und runterkommen wollen. Der 58-Jährige bezeichnet den Heubethof als eine „gute Berghütte“,

auf der in der Vergangenheit auch Hochzeiten, Geburtstage und Firmenevents stattgefunden haben. Doch seit Herbst 2025 finden solche Veranstaltungen dort nicht mehr statt. Der Grund: Lange hat sein Gebäude für fünf Jahre an den Landkreis Oberallgäu vermietet, der darin bis zu 45 Flüchtlinge aus der Ukraine unterbringen will. Und genau diese Unterbringung an genau diesem Standort sorgt für Streit zwischen dem kleinen Bergdorf, der Gemeinde Blaichach, zu der es gehört, Lange und dem Landratsamt. Aufgrund des Widerstands der Einwohner in Form einer Petition mit mehr als 600 Unterschriften, eingereicht

Im Heubethof in Gunzesried-Säge sind bisher 14 Ukrainer eingezogen. Das Gebäude wurde Anfang der 1970er Jahre als Jugendherberge gebaut.



Robby Lange hat den Heubethof 2007 gekauft. Der gebürtige Berliner und zweifache Familienvater lebt seit 25 Jahren im Allgäu und hat sich damals während einer Kajaktour mit einem Freund in die herrliche Alpenregion verliebt.



**Wie Robby Lange die Entwicklung sieht, erzählt er im Video:**

40

**«ES IST BESTIMMT  
NICHT DER BESTE**

**ORT**

**ABER ES IST EIN ORT.»**

im vergangenen Jahr beim Bayerischen Landtag sowie zwei sich anschließenden Eilanträgen vor Gericht (Infokasten), wurde Gunzesried-Säge über Nacht berühmt. Allerdings ungewollt, weil das mediale Interesse so groß war.

**„Kritik bezieht sich nicht auf Personen“**

14 Menschen, insgesamt drei Familien mit Kindern, sind im Heubethof bereits Anfang November 2025 eingezogen. Eine dieser Familien hat Blaichachs Bürgermeister Christof Endreß (CSU) auch besucht und sich mit ihr unterhalten. „Der Vater arbeitet im Einzelhandel in Immenstadt, eines der Kinder besucht dort die örtliche Grundschule, das andere geht in die Kita“, erzählt der Rathauschef. Er sitzt an einem großen ovalen Besprechungstisch in seinem Büro, in dem sich Aktenberge und Unterlagen türmen. Der erste Eindruck: Hier wird viel gearbeitet, nachgedacht und entschieden.

„Die Familie spricht Deutsch, aber ansonsten läuft bezüglich der Integration im Dorf nicht viel.“ Die ukrainische Familie habe vor ihrem Umzug ins Bergdorf eineinhalb Jahre im mehr als zehn Kilometer entfernten Immenstadt gewohnt, musste aber aus der dortigen Unterkunft ausziehen, weil die aufgelöst worden sei. „Sowohl den Dorfbewohnern als auch mir ist es wichtig, dass sich die Kritik nicht auf die Personen bezieht, sondern ausschließlich auf den Standort“, betont der 46-Jährige.

**Linie 20 fährt nicht im festen Stundentakt**

Fakt ist: Die Infrastruktur des Dorfes ist sehr schwach oder wie es der Bürgermeister liebevoll ausdrückt: „Es ist fast das Ende der Welt.“ Die Alpenwege sind nur im Sommer nutzbar, im Winter kommt man



Endreß und „politicus“-Reporterin Anne Wildermann gehen die Chronologie des Streits durch.

höchstens mit Ski vom Fleck. Ein eigenes Auto ist unerlässlich, um von A nach B zu kommen. Zwar fährt ein Bus in größere Orte wie Blaichach, Sonthofen oder Burgberg, wo es Schulen, Kindergärten, Supermärkte, Bäcker, Metzger, Ärzte und Kinos gibt, aber die Linie 20 fährt nicht im festen Stundentakt. „Es bedarf einer guten Planung und man muss sich an die Zeiten halten“, sagt Endreß.

Bis vor fünf Monaten gab es einen kleinen Dorfladen im vier Kilometer entfernten Gunzesried, „den die Betreiberin aus wirtschaftlichen Gründen schließen musste“.

Robby Lange kann die Standortkritik nicht nachvollziehen. Für den Mental-Trainer, der krisengebeutelte Menschen wie Sportler oder Führungskräfte begleitet, ist das kleine Bergdorf „genau der richtige Ort für Menschen, die aus einem Kriegsland kommen, um sich zu erholen, um anzukommen, um integriert zu werden“. „Es ist bestimmt nicht der beste Ort, aber es ist ein Ort. Weil er von Menschen getragen wird, die in den Kontakt gehen – nämlich von uns“, erklärt Lange, der zu DDR-Zeiten eine Karriere als Profi-Kanute forcierte, aber seinen Traum wegen der Wende aufgeben musste. Mit

„uns“ meint Lange seine Familie und seine Mitarbeiter, die den Heubethof betreuen.

Das Wort „Flüchtlinge“ mag Lange nicht, er versucht es auch im Gespräch „bewusst nicht zu verwenden, weil es kein gutes Wording ist. Es ruft oft reflexartige Reaktionen wie Vorurteile hervor“.

Als das Landratsamt ihn angefragt habe, ob er seinen Heubethof für Flüchtlinge zur Verfügung stelle, war für ihn ein „Nein“ ausgeschlossen. „Ich war mir bewusst, dass es Gegenwind geben würde – aber nicht solchen“, sagt er und nippt an seinem Kaffee. Damit meint er in erster Linie Morddrohungen, die ihn handschriftlich erreichten, Neonazis der Kleinpartei „Der III. Weg“, die sich vor seinem Grundstück versammelt und Flyer verteilt haben sowie eine Drohung auf Facebook, in der stand, sein Haus abbrennen zu lassen. Die Petition und die zwei Eilanträge empfinde er als „befremdlich, peinlich und impulsgesteuert“. Seiner Meinung nach messe die Gemeinde mit zweierlei Maß. Denn die rumänischen Gastarbeiter, die nur einen Steinwurf vom Heubethof entfernt wohnen, seien hier stets gern gesehen. „Und verhalten sich akkurat und sind zu Freunden geworden.“

41



Wie groß das mediale Interesse an der Gemeinde war, zeigt exemplarisch ein Artikel der „Bild“-Zeitung an der Pinnwand.

umgesetzt“, erinnert sich Bürgermeister Endreß.

Als Lange vor 19 Jahren den heutigen Heubethof kaufte und ihn als kleines Gästehaus nutzte, schaute bei der Gemeinde offenbar niemand richtig hin. Das Problem: Es gab keine explizite Baugenehmigung, um das Gebäude touristisch zu nutzen. „Und somit gibt es auch keine Baugenehmigung für eine Asylunterkunft“, berichtet Endreß. Heißt: Das Landratsamt müsste nachträglich einen Antrag bei der Gemeinde Blaichach auf Umnutzung stellen, was bisher nicht passiert ist. „Aus dem Grund hat Blaichach versucht, mit zwei gerichtlichen Eilanträgen die Unterbringung an dem jetzigen Standort zu verhindern.“

Auf Anfrage der „politicus“-Redaktion gibt sich Landrätin Indra Baier-Müller (Freie Wähler) zugeknöpft. Aktuelle Zitate liefert sie auch schriftlich nicht, wir dürfen lediglich aus einer Pressemitteilung vom 11. November 2025 zitieren. Dort heißt es: „Integration ist keine Einbahnstraße. Sie birgt viele Chancen für unsere Gesellschaft – doch dafür braucht es Offenheit und den Willen, sich darauf einzulassen. Statt populistischen Stimmen Raum zu geben, sollten wir den Blick darauf richten, wie Integration gelingen kann.“

Selbst Fragen zur Bewertung der Petition, der zwei Eilanträge vor Gericht sowie die Haltung der Dorfbewohner ließ Baier-Müller unbeantwortet. Die Redaktion hatte der Landrätin einen Fragenkatalog von insgesamt 15 Fragen zukommen lassen.

Warum in einem so abgelegenen Bergdorf wie Gunzesried-Säge Flüchtlinge untergebracht werden, erklärt das Landratsamt so: „Seit dem Jahr 2018 wurde dem Landkreis Oberallgäu insgesamt 3.027 Personen zugewiesen, zusätzlich wurden

rund 1.000 Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht. Zwischen 2022 und 2025 hat sich die Zahl der unterzubringenden Geflüchteten im Oberallgäu nahezu verdreifacht. Zwar sind die Zuweisungen im Jahr 2025 deutlich zurückgegangen, gleichzeitig werden in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich rund 600 Unterbringungsplätze wegfallen, da Mietverträge auslaufen oder Unterkünfte anderweitig genutzt werden. Der Landkreis ist daher weiterhin darauf angewiesen, alle geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zu nutzen, um seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen.“

### 2.000 geflüchtete Menschen

Aktuell leben im Landkreis insgesamt 155.413 Einwohner, zu dem 28 kreisangehörige Gemeinden gehören. In den Unterkünften des Landkreises sind knapp 2.000 geflüchtete Menschen untergebracht, darunter Asylbewerber, Geduldete, anerkannte Schutzberechtigte sowie Geflüchtete aus der Ukraine.

Zum Hintergrund: Die Landkreise sind für die Unterbringung und die Asylbewerberleistungen zuständig. Auch für die Auswahl und Nutzung der Unterkünfte fällt in ihre Verantwortung. Die Kosten, die dabei entstehen, trägt das jeweilige Bundesland.

Über die Gemeindegrenzen hinaus hat die Situation des Bergdorfes offenbar weniger Aufmerksamkeit erregt. Per Mail teilt der in der Stichwahl am 22. März unterlegene CSU-Landratskandidat für das Oberallgäu Thomas Eigstler, der seit 2011 Bürgermeister der Gemeinde Wiggensbach ist, mit: „Uns sind die gerichtliche Entscheidung, die Petition und der aktuelle Sachstand nicht bekannt. Auch ist bei den einigen bereits durchgeführten Podiumsdiskussionen der Kandidaten dieses Thema nicht angesprochen worden.“

Video-Reporter und HSS-Azubi Marc Mettel (links), Bürgermeister Christof Endreß (Mitte) und Foto-Reporter Samuel Gumberger.



Christof Endreß, CSU-Bürgermeister, ist seit 2014 in der Gemeinde Blaichach im Amt.



**Was Bürgermeister Christof Endreß zu sagen hat, sehen Sie in diesem Video:**



**Wie die ganze Reportage entstanden ist, erfahren Sie hier:**

Gunzesried-Säge steht exemplarisch für zahlreiche Orte in Bayern von Altdorf bis Zwiesel, die Asylunterkünfte ablehnten. So auch die Kleinstadt Bad Griesbach (Landkreis Passau). Dort ordnete im Oktober 2024 der Bürgermeister Jürgen Fundke (Überparteiliche Wählergemeinschaft, ÜW) an, 40 weitere Ukrainer nicht zu registrieren – mangels Platz. ■

## DIE HISTORIE

**Im Herbst 2023 fragte das Landratsamt bei der Gemeinde Blaichach an, wo weitere Flüchtlinge untergebracht werden können. Die Gemeinde schaute sich diverse gemeindeeigene Standorte an, die sie letztlich für eine langfristige Unterbringung als nicht geeignet hielt – sei es in Containern oder in bestehenden Gebäuden. Auch den Heubethof hielten die Ratsmitglieder damals schon für ungeeignet, sprachen sich in einer nicht-öffentlichen Gemeinderatsitzung im Frühjahr 2024 nur für eine Duldung von fünf Jahren aus. Dabei wurde das Baurecht offenbar nicht so intensiv betrachtet, wie sich im Nachhinein herausstellte, weshalb es zu Klagen gekommen ist.**

**Nachdem die Dorfbewohner von der Unterbringung im Heubethof erfuhren, reichten sie im Mai 2025 beim Bayerischen Landtag eine Petition ein. Diese scheiterte zwar, aber sie bewirkt, dass nur maximal 45 Menschen einquartiert werden, es sich nur um Familien handelt und diese mobil sind. Die Eilanträge vor den Verwaltungsgerichten Augsburg (November 2025) und München (Februar 2026) wurden abgelehnt. Richterliche Begründung: Die Gemeinde Blaichach hat damals für eine Unterbringung im Heubethof gestimmt und kann das nicht widerrufen. Dabei spielt für die Gerichte „die Duldung“ keine Rolle.**

Generell ist der Mental-Coach der Ansicht, dass Deutschland von der Politik nicht gut auf Flüchtlinge vorbereitet sei. „Wer hierherkommt und sich nicht benehmen kann, der sollte auch nicht länger hierbleiben.“

Die Situation des Heubethofs ist aus juristischer und behördlicher Sicht kniffliger, als sie scheint. Aber von vorn. Das Gebäude wurde Anfang der 1970er Jahre als Jugendherberge genehmigt und gebaut, in der bis zu 50 Kinder und Jugendliche plus 13 Betreuer unterkommen konnten. Generell fallen Jugendherbergen in den Bereich „soziale Infrastruktur“.

Bis Mitte der 1990er Jahre wurde das Gebäude auch als solche genutzt, bis es der Landkreis Detmold verkaufte. Es folgten mehr als acht Jahre Leerstand. „Es stand zur Debatte, dass dort eine Zahnklinik einziehen sollte. Die Genehmigung wurde auch erteilt, aber das Vorhaben wurde nie

# PETRA GUTTENBERGER



Petra Guttenberger ist Landtagsabgeordnete und Ausschussvorsitzende für Verfassung. Die 64-jährige Fränkin sitzt seit fast 30 Jahren im Bayerischen Landtag. Geboren wurde die studierte Volljuristin in Nürnberg und wuchs in der Kleebblattstadt Fürth auf. Seit 1982 ist sie Mitglied der CSU und der Frauen-Union. Guttenberger engagiert sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich, wofür sie 2015 auch die bayerische Verfassungsmedaille in Silber erhalten hat.

**Migration, irreguläre Einreisen und Rückführungen: Als Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration des Bayerischen Landtags weiß Petra Guttenberger, was im Freistaat bei diesen brenzlichen Themen gut läuft und was noch verbessert werden muss. Im Kurz-Interview spricht sie mit uns auch über die künftige Situation für Syrer in Deutschland – denn seit Dezember 2024 ist der Bürgerkrieg in Syrien zu Ende.**

## FRAGE 1

**Ist die bayerische Grenzpolizei erfolgreich, wenn es darum geht, Asylzuwanderung zu begrenzen?**

Ja, die Bayerische Grenzpolizei ist ein Erfolgsmodell. Die Grenz- und Schleierfahndungskontrollen haben einen bedeutenden Anteil an der Migrationswende, sie stellen Einreisen und unerlaubte Wiedereinreisen fest. Diese waren bereits 2024 rückläufig und verzeichneten auch 2025 einen weiteren Abwärtstrend. Zudem gab es fast 8.000 Fahndungstreffer, darunter rund 450 Haftbefehle im ersten Halbjahr 2025. Sie bestätigen eindrucksvoll den Erfolg und die Wirksamkeit, um illegale Migration einzudämmen und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

## FRAGE 2

**Reicht die bisher umgesetzte Migrationswende aus? Was müsste noch unternommen werden?**

Mit Grenzkontrollen, Zurückweisungen, Aussetzungen aller humanitären Aufnahmeprogramme und des Familiennachzugs bei subsidiär Schutzberechtigten sowie der Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Afghanistan wurden klare Zeichen gesetzt: 2025 waren in Bayern die Neuzugangszahlen an Asylbewerbern geringer als die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen. Ich weiß, dass die Kommunen stark belastet sind. Deshalb wird die Migrationswende auch in diesem Jahr mit der fortentwickelten Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems weiter vorangetrieben.

## FRAGE 3

**Die CSU hat gefordert, nicht integrierte Syrer wieder zurückzuschicken. Wie funktioniert das in der „Anwaltsrepublik“ Deutschland?**

Flüchtlingsschutz ist begrenzt auf die Zeit, in der ein Fluchtgrund besteht. Deshalb ist auf die positive Entwicklung der Lage in Syrien wegen des Sturzes des Assad-Regimes zu reagieren, um die Akzeptanz unseres Asylrechts zu erhalten. Das betrifft sowohl Asylanträge neu hinzukommender Menschen aus Syrien als auch den Widerruf eines bestehenden Schutzstatus. Angesichts der hohen Fallzahlen stehen wir hier vor hohen Herausforderungen. Gleichzeitig ist eine Debatte erforderlich, wie Bleibeperspektiven für Erwerbstätige und gut integrierte Syrerinnen und Syrer verwirklicht werden können. Ich habe keine Zweifel daran, dass das in Deutschland differenziert gelingen kann.

# STRATEGISCHE SOVERÄNITÄT EINE FRAGE DES ÜBERLEBENS

**Autor: Dr. Alexander Wolf**  
Leiter des Berliner Hauptstadtbüros der Hanns-Seidel-Stiftung

46

## D

Die Ära der strategischen Bequemlichkeit ist für Deutschland und Europa beendet. Wer Sicherheit weiterhin als statische Gegebenheit betrachtet, unterliegt einem gefährlichen Trugschluss. Souveränität ist kein historisches Privileg, sondern das Resultat permanenter, disziplinierter Kraftanstrengung und eine Frage des Überlebens. In Berlin hat sich 2026 die Erkenntnis durchgesetzt: Gefragt ist eine systemische Neuausrichtung statt punktueller Antworten auf die Krisen von gestern.

### Marktmechanismen dienen Machtprojektion

Drei zentrale Kraftfelder bestimmen die Lage. Erstens: Die USA bleiben Partner, sind jedoch keine Garantie mehr. Die transatlantischen Beziehungen haben ihren Charakter gewandelt; sie folgen heute einer rein transaktionalen Logik. Washington priorisiert den Indopazifik, um der dortigen Systemrivalität mit China zu begegnen. Dies ist kein personales Problem einzelner Präsidenten, sondern Ausdruck langfristiger US-Interessen.

**«Während in der Ukraine ein Krieg tobt, erlebt Resteuropa eine hybride Zermürbung.»**

Zweitens: Der Konflikt mit Russland hat sich verstetigt. Während in der Ukraine ein Krieg tobt, erlebt Resteuropa eine hybride Zermürbung. Sabotage und Desinformation greifen Infrastruktur und Institutionen an und testen die gesellschaftliche Belastbarkeit – meist knapp unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Konflikt.

Drittens: China nutzt wirtschaftliche Abhängigkeiten sowie den Zugriff auf kritische Rohstoffe gezielt als geopolitische Hebel. Marktmechanismen dienen der Machtprojektion, um politische Ansprüche global durchzusetzen.

Dr. Alexander Wolf leitet seit 2013 das Hauptstadtbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin. Er hat in München Politikwissenschaften studiert und im Fach Internationale Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München promoviert.



47

**«Von reiner Effizienzlogik hin zu einer Sicherheitslogik.»**

globaler Lieferketten ist kostspielig und erfordert enorme Investitionen. Er ist jedoch alternativlos, um Erpressbarkeit zu verhindern.

Daraus folgt eine unmissverständliche Priorität: Europa muss seine Interessen autark schützen können. Das erfordert die radikale Abkehr von 27 isolierten Systemen hin zu einer integrierten europäischen Rüstungslogik. Souveränität bedeutet Handlungsfähigkeit, nicht Isolation. Nur wer real verteidigungsfähig ist, behält am Verhandlungstisch diplomatische Relevanz. Ein entscheidender Faktor bleibt die technologische Autarkie. Wer kritische Infrastruktur, Halbleiter und KI-Modelle ausschließlich von Drittstaaten bezieht, delegiert seine politische Selbstbestimmung an fremde Mächte.

### Wohlstand und Freiheit sind keine Geschenke

Wahre Souveränität setzt wirtschaftliche Stärke voraus. Die Bundesregierung muss Deutschland als industrielles Zentrum erhalten, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Konkret bedeutet das: Energieabhängigkeiten konsequent reduzieren und lähmende Innovationsbarrieren abbauen. Der notwendige Wechsel von einer reinen Effizienzlogik hin zu einer Sicherheitslogik innerhalb

Wohlstand und Freiheit sind keine naturgegebenen Geschenke, sondern Resultate klarer strategischer Führung. Die Bundesregierung hat Realismus zum Kompass gewählt, um das Land wetterfest zu machen. Wer führen will, muss Ergebnisse liefern, statt zu lamentieren. Diese Reformen sind kein Selbstzweck – sie bilden die Brandmauer unserer Freiheit. —

# NOCKHERBERG

## Gedanken zum Zusammenspiel von Satire, Politik und Gesellschaft

### Der „Super Bowl“ der bayerischen Politik

**Autor:** Prof. Dr. Jonas Schützeneder

Inhaber der Professur für Digitalen Journalismus, Universität der Bundeswehr München

Autor:  
Prof. Dr. Jonas  
Schützeneder



© Plank, umbw

# N

48

**Nur in Bayern werden Politikern vor aller Augen und in ihrer Anwesenheit satirisch die Leviten gelesen, nämlich einmal im Jahr auf dem Nockherberg. Doch in den vergangenen Jahren werden sowohl die einst legendäre Fastenpredigt als auch das Singspiel immer häufiger kritisiert. Was muss sich ändern? Eine Bestandsaufnahme.**

Die jährliche Starkbier-Satire am Münchner Nockherberg ist ein tolles Schauspiel politischer und gesellschaftlicher Kommunikation – mit vielfältiger medialer Berichterstattung. Ein Millionen-Publikum am TV, lebhaften Debatten weit über den Freistaat hinaus. Daher lohnt sich ein genauerer Blick. Auf Basis einer Medienanalyse wurden die Nockherberg-Episoden seit 2010 und die Berichte in zwölf bayerischen Leitmedien untersucht. Über 30 Stunden Videomaterial und 300 Zeitungsartikel helfen, die Präsentation, Faszination und Limitation des Spektakels zu verstehen. Dazu folgen die wichtigsten zehn Ergebnisse und eine persönliche Empfehlung für die künftige Gestaltung. Wie am Nockherberg gilt: Man darf auch anderer Meinung sein!

#### Bayerns Super Bowl

Nach dem Nockherberg sind die Titelseiten der Münchner Zeitungen für Fastenpredigt und Singspiel reserviert

(100 Prozent Abdeckung). Nur in zwei (von 300 Fällen) gab es keine Berichte der bayerischen Leitmedien. Es ist ein emotionaler Höhepunkt im Freistaat, eine Art Super Bowl für Bayern. Statt Touchdowns und Tackles steht der Wettbewerb der Satire: Wer schafft den Spagat des Derbleckens? Wie kommt die Rede, wie das Singspiel an? Wie (re)agieren die Verspotteten? Das ist Werbung für die Politiker – und für eine bekannte Brauerei. All das ist unvorhersehbar, lädt zu Diskussionen ein und versammelt ein heterogenes Publikum, wie nur ganz wenige Ereignisse sonst.

#### Doppelte Wirkung

Das Event ist erfolgreich, weil Satire hier doppelt wirken darf. Zum einen als Beleg, dass sich politisches Kabarett als Abwehrinstrument der Schwachen gegen die Starken nutzen lässt. Auch diese Studie beweist: Je mächtiger eine Person ist, desto härter fällt das Derblecken aus, desto präsenter ist sie dann auch in der Berichterstattung. Zum anderen wirkt Satire am Nockherberg nicht zeitverzögert (wie etwa eine Karikatur oder die „heute show“), sondern ist direkt an der Reaktion der derbleckten Person und der Atmosphäre im Saal seh- und hörbar. Das schafft eine besondere sinnliche Emotion.

#### Neue Reize

Satire ist schnell überholt. Die Analyse zeigt, wie schnell sich die Prediger und die Singspiel-Dimensionen abnutzen. Satire braucht ständig frische Impulse, Anreize und Personen, weil ein guter Witz nur einmal lustig ist. Die Debüts von Luise Kinseher und Maxi Schafroth wurden von Politik und Leitmedien deutlich positiver bewertet als die Auftritte danach.

#### Zu lasch? Zu hart?

Die Bewertungslinie der Medien verläuft zwischen „zu lasch“ – und „zu hart“. Beispiele: Das war zu hart, urteilt die „Passauer Neue Presse“ 2012 über Kinseher, die den damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer als „Kuh Yvonne“ der CSU metaphorisiert hatte. 2014 kritisiert die „tz“ Kinseher mit der Schlagzeile „So harmlos wie eine Radler-Mass“. Die Gratwanderung zwischen Kritik und Unterhaltung ist anspruchsvoll.

#### Im Fokus

Die 300 untersuchten Artikel zeigen: In 145 Artikeln (48 Prozent) ist die CSU die Partei, um die es hauptsächlich geht. In 51 Prozent sind die Parteien ausgeglichen

präsent, in einem Fall dominieren die Freien Wähler (Hubert Aiwanger) und in zwei Fällen die SPD (Christian Ude und Dieter Reiter). Zurecht: Satire soll vor allem die Mächtigen treffen. Predigt und Singspiel fokussieren im Normalfall den Bayerischen Ministerpräsidenten, wobei Zweiteres oft Personen aus der Bundespolitik integriert (Angela Merkel, Martin Schulz, Friedrich Merz).

Seehofer und Markus Söder werden relativ ähnlich angepackt („Horstokratie“ & „Markus-Evangelium“). Die Ministerpräsidenten werden außerdem in 41 Prozent mit Bild prominent gezeigt (meist Mimik bei der Predigt oder mit Double aus dem Singspiel). Die satirische Basis ist dabei immer gleich: Die CSU wird für ihre Rolle und Art der Machtausübung derbleckt, die Opposition dafür, dass sie angesichts dieser Machtfülle und trotz so mancher CSU-Verfehlung selten Erfolge feiern kann. Exemplarisch dazu Kinsehers Einschätzung zur Bayern-SPD um Florian Prox und Markus Rinderspacher (2015): „Wie zwei Tuben süßer Senf im leeren Kühlschrank“. Stichwort Opposition: Die AfD wurde bislang in den Predigten und im Singspiel größtenteils ausgeklammert, manchmal auch nur ohne namentliche Nennung erwähnt (Alice Weidel als stumme Reiterin 2025). Satire spiegelt hier die Unsicherheit in Politik und Gesellschaft wider, wie man mit dieser Partei (nicht) umgehen sollte.

49

Volksschauspieler und Urbayer Walter Sedlmayr (1926 bis 1990) galt als einer der besten Fastenprediger, der ab 1982 alljährlich auf dem Nockherberg in München auftrat und beim Derblecken Politikern wie Franz Josef Strauß (2.v.l.) die Leviten las.



© Heinz Gebhardt/Imago

### Es gibt Grenzen

Wie weit darf Nockherberg-Satire gehen? Die Studie zeigt: Privatsphäre und Familien sind tabu. Entsprechend hart fiel die Kritik in den Leitmedien an der 2012er Predigt von Kinseher aus, die damals Seehofers uneheliches Kind satirisch erwähnt hatte. Zweitens: NS-Dimensionen sind tabu. Die mehr als verunglückte Anspielung in der 2010er Rede von Michael Lerchenberg wurde am Folgetag in den Medien nicht erwähnt, vielleicht vor Ort auch akustisch überhört. Erst die Reaktionen aus der Politik (vor allem FDP) sorgten für die Anschlusskommunikation und Lerchenbergs Ende als „Bruder Barnabas“. Das Ende von Maxi Schafroth war 2025 übrigens auch abzusehen. Die Stimmung im Raum war (auch schon vor Beginn der Predigt!) schweigsam, die anschließenden Äußerungen (vor allem aus der CSU) machten klar: Wenn die Mehrheit im Saal nicht mehr mitmacht und mitlacht, braucht es einen Wechsel am Predigtstuhl. Das zeigt: Die Spitzenpolitik und weniger die Leitmedien dominieren das „Sanktions-Framing“.

### Franken ist nicht Bayern

In Franken und Schwaben ist der Nockherberg medial weniger präsent als in Ober- und Niederbayern. Den größten Umfang an Berichterstattung (2010-2025) liefern die

**«Sehr verehrte Herren  
Verbrecher und Verleum-  
der, werte Lügner und  
Lügnerinnen, (...), ich  
begrüße Sie alle voller  
Hochachtung (...).»**

„Prediger“ Walter Sedlmayr 1983 zur Begrüßung

Münchner „tz“ (55 Seiten) und „Merkur“ (40), auch die „SZ“ und „Passauer Neue Presse“ berichten intensiv. Aber: Seit Söders Antritt als Ministerpräsident steigt nicht nur in Franken der Umfang der Berichterstattung.



© Sven Simon/Imago

Unverkennbares Aufgebot beim Singspiel 2026 auf dem Nockherberg. Thomas Unger spielte Markus Söder (m.), Judith Toth Michaela Kaniber (r.), David Zimmerschied mimte Friedrich Merz (2.v.l.) und Wowo Habdank war Alexander Dobrindt (3.v.l.).

### Singspiel schlägt Predigt

Im Idealfall ergänzen sich Predigt und Singspiel. In Realität gibt es bei der Bewertung deutliche Unterschiede. Das Singspiel ist dynamischer, mit Musik, und lebt durch die gezielte Imitation. Dafür kann die Predigt pointierter agieren, direkt Personen ansprechen und auch aus der Spontanität heraus punkten. Predigt ist Solo, Singspiel Teamleistung. In den Leitmedien wurde das Singspiel im Gesamtschnitt etwas besser bewertet (2,65 zu 2,85 auf Fünfer-Notenskala). Ausnahmen: In den Debütjahren von Kinseher (2011; 2,35) und Schafroth (2019; 2,42) punktete die Predigt. Spannend: Die Kabarettisten genießen medialen Heimvorteil: Kinseher wird in den niederbayerischen Zeitungen positiver bewertet als beim Rest, Schafroth in der „Augsburger Allgemeinen“ und der „Allgäuer Zeitung“.

### Das Publikum ist Teil der Show

Was wäre der Nockherberg ohne Promis außerhalb der Politik? Die Bildergalerie zu ihnen (und ihren Outfits) gehört zum Teil der Show. In den vergangenen Jahren wurden auch verstärkt Influencer eingeladen. Gefällt nicht allen, macht strategisch aber Sinn: In den sozialen Medien ist das Event eher Randnotiz – selbst in München.

### Der Nockherberg muss sich verändern!

Der Nockherberg ist ein großes Stück Kulturgut – und muss sich deshalb weiterentwickeln, um in einer sich verändernden Medienwelt zu bestehen. Ganz persönliche Empfehlungen hierzu:

- Die Predigt braucht wieder mehr Platz für Witz, Komik und Selbstironie. Moralpredigten und permanente Normative gibt es schon genug in den journalistischen Leitartikeln!
- Das Publikum im Saal und daheim muss stärker integriert werden. Mut zu Live-Interaktion und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Vorfeld!
- Der Nockherberg soll bayerische Kultur stärken, zum Erleben einladen und trotzdem scharfsinnig Zustände kritisieren. Die Freude am bayerischen Lebensgefühl kam in den vergangenen Jahren zu kurz!
- Und um eine oft gehörte Forderung vom (Bier)Tisch aufzunehmen: Mehr Episoden oder Extra-Auflagen zum Oktoberfest braucht es nicht – einmal jährlich Bayerischer Super Bowl am Nockherberg reicht! ■

# BÜROKRATIEABBAU

## Warum gute Absichten oft das Gegenteil bewirken

**Autor:** Steffen Vogel

Rechtsanwalt, 51 Jahre, Landtagsabgeordneter seit 2013,  
Leiter der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Bürokratieabbau“



© Skyframe/AdobeStock

## B

**Bürger, Unternehmer, ehrenamtlich Tätige, Forscher und viele weitere Bereiche beklagen sich seit vielen Jahren über zu viele Vorschriften, unnötige Melde-, Prüf-, Dokumentations- und Berichtspflichten – nicht nur aus Berlin und München, sondern zum größten Teil auch aus Brüssel. Die Versessenheit, den Alltag bis ins kleinste Detail zu regeln und immer weniger auf Eigenverantwortlichkeit zu setzen, ist deshalb mit in den Fokus gerückt, wenn es darum geht, Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.**

Bürokratie ist kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Und genau deshalb ist Bürokratieabbau nicht nur eine Verwaltungsfrage, sondern vor allem eine Frage politischer Prioritäten. Die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“ tagt seit Juli 2024 mit dem klaren Auftrag, staatliche Überregulierung systematisch zurückzudrängen.

**Erst handeln, dann verwalten – was wir konkret angepackt haben**

Zu Beginn unserer Arbeit haben wir uns auf besonders betroffene Bereiche konzentriert: Wirtschaft, Bau, Gesundheit und Ehrenamt, in denen Bürokratie den Alltag spürbar belastet. In sieben Themenkomplexen wurden konkrete Handlungsempfehlungen beschlossen, die auf der Internetseite des Bayerischen Landtags öffentlich dokumentiert sind. Ziel war dabei nicht, neue Programme zu formulieren, sondern bestehende Verfahren zu vereinfachen, zu verkürzen oder ganz abzuschaffen.

Leitbild unserer Arbeit ist: Bayern soll schlank, modern und digital werden. Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss Dienstleister für Bürger und Unternehmen sein.

Parallel dazu hat die Staatsregierung bereits vier Modernisierungsgesetze beschlossen. Sie bringen unter anderem Erleichterungen für das Ehrenamt, Vereinfachungen im Bauwesen sowie den Abbau von Berichts-, Statistik- und

Dokumentationspflichten. Das sind keine ideologischen Projekte, sondern handfeste Entlastungen für diejenigen, die Verantwortung übernehmen und Wertschöpfung schaffen.

**Staatsmodernisierung statt Symbolpolitik**

In diesem Jahr widmet sich die Kommission den strukturellen Ursachen der Bürokratie: Staatsmodernisierung, Kulturwandel in Behörden, Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst, Führungsverantwortung, Haftungsfragen und der Verschlingung staatlicher Strukturen insgesamt. Denn Bürokratie entsteht nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch interne Anreizsysteme: Wenn Fehlervermeidung wichtiger ist als Problemlösung, wenn Zuständigkeiten wichtiger sind als Ergebnisse, dann wird jede Verwaltung automatisch schwerfällig.

Wer ernsthaft Bürokratie abbauen will, muss deshalb den Mut haben, Entscheidungsbefugnisse zu verlagern, Verantwortung zuzulassen und Vertrauen zu schenken. Das

ist anstrengender als neue Regeln zu formulieren – aber deutlich wirksamer.

**Wenn Regulierung zum politischen Selbstzweck wird**

Gleichzeitig erleben wir auf Bundes- und EU-Ebene seit Jahren eine gegenläufige Entwicklung: Immer neue Melde-, Prüf- und Dokumentationspflichten werden eingeführt, oft mit moralisch aufgeladenen Begründungen, aber ohne realistische Folgenabschätzung für Betriebe, Kommunen und Ehrenamt.

Besonders deutlich wird das bei vielen Forderungen aus dem linken politischen Spektrum. Ob zusätzliche Berichtspflichten, neue Beauftragtenstrukturen oder immer detailliertere Vorgaben im Umwelt- und Sozialbereich: Was als Fortschritt verkauft wird, bedeutet in der Praxis häufig mehr Personalbedarf in Behörden, höhere Kosten in Unternehmen und längere Verfahrensdauern für Bürger. Der Staat wächst – aber seine Leistungsfähigkeit wächst nicht im gleichen Maß.

# «**VERWALTUNG DARF KEIN SELBSTZWECK SEIN, SONDERN MUSS DIENSTLEISTER FÜR BÜRGER UND UNTERNEHMEN SEIN.**»



*Steffen Vogels Leitbild:  
„Bayern soll schlank, modern  
und digital werden.“  
Von Symbolpolitik hält der  
CSU-Politiker wenig.  
In diesem Jahr widmet sich die  
Kommission den strukturellen  
Ursachen der Bürokratie:  
Kulturwandel in den Behörden,  
Führungsverantwortung und  
Haftungsfragen.*

54

So entsteht ein paradoxer Effekt: Während auf der einen Seite Entlastung gefordert wird, wird sie auf der anderen Seite durch neue Regulierung sofort wieder aufgezehrt. Bürokratieabbau lässt sich jedoch nicht mit der einen Hand versprechen und mit der anderen wieder zurückholen.

## Alltag statt Aktenordner

Bürokratie zeigt sich nicht in politischen Debatten, sondern im Alltag:

- wenn Bauanträge trotz identischer Sachverhalte immer neue Prüfzyklen durchlaufen,
- wenn Ehrenamtliche Nachweise führen müssen wie mittelständische Unternehmen,
- oder wenn Betriebe zusätzliche Compliance-Strukturen aufbauen müssen, ohne dass sich Sicherheit oder Nachhaltigkeit messbar verbessern.

Das kostet Zeit, Geld und Motivation. Und es untergräbt das Vertrauen in staatliche Entscheidungsfähigkeit.

## Ehrliche Grenzen – und klare Verantwortung

Natürlich gilt auch: Viele bürokratische Lasten entstehen nicht in Bayern, sondern in Berlin und Brüssel. Landespolitik kann nicht alles reparieren, was auf höherer Ebene beschlossen wird. Umso wichtiger ist es, dass dort, wo Gestaltungsspielräume bestehen, diese konsequent für Entlastung genutzt werden – und dass Bayern auf Bundesebene ein klarer Anwalt für Deregulierung bleibt.

Denn Bürokratie ist kein kostenloses Gut. Sie bindet Arbeitskräfte, hemmt Investitionen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Wer Wachstum, Innovation und gesellschaftliches Engagement will, muss bereit sein, dem Staat auch wieder Grenzen zu setzen.

## Weniger Vorschriften, mehr Verantwortung

Unser Anspruch ist klar: weniger Papier, mehr Wirkung. Weniger Kontrolle aus Prinzip, mehr Vertrauen in Kompetenz.

**Steffen Vogel**  
Vorsitzender der  
Enquete-Kommission Bürokratieabbau:

„Entbürokratisierung funktioniert nur, wenn die gesamte Wissenschafts- und Kulturverwaltung eine entsprechende Einstellung besitzt und vorlebt. Wir brauchen eine Kultur des Ermöglichens statt des Verhinderns: Chancen sollten betont und Fehler als Chance zum Lernen, für Innovation und zur Optimierung verstanden werden. Nur so schaffen wir den mentalen Wandel, der echten Bürokratieabbau erst möglich macht.“

## «**Bereit sein, dem Staat auch wieder Grenzen zu setzen.**»

Weniger Verwaltung um der Verwaltung willen, mehr Staat dort, wo er wirklich gebraucht wird: bei Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und sozialem Zusammenhalt.

Der Weg ist noch lang. Aber Landtag und Staatsregierung haben ihn eingeschlagen. Jetzt kommt es darauf an, dass Bürokratieabbau nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern zum dauerhaften politischen Maßstab wird – auch dann, wenn neue Regulierungen politisch verlockend erscheinen.

Denn am Ende entscheidet nicht die Zahl der Gesetze über die Qualität des Staates, sondern die Frage, ob er das Leben der Menschen einfacher oder komplizierter macht. ■

Die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags zum „Bürokratieabbau“ bestehend aus neun Abgeordneten aller Fraktionen sowie sieben externen Experten will „das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“. Sie wird zahlreiche Lebensbereiche wie Wohnungsbau, Wirtschaft, Ehrenamt, Gesundheit und Pflege, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft beleuchten, um herauszufinden, wie Erleichterungen erzielt und Potenziale wie Kosten- und Aufwandsersparnisse für alle Beteiligten gehoben werden können. Es geht dabei unter anderem auch darum, Zuständigkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen neu zu verteilen sowie um Digitalisierung, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und Haftungsfragen.

Handlungsempfehlungen gibt es bereits für den Bereich Wissenschaft und Forschung: Sie zielen darauf ab, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mehr Zeit für Forschung und Lehre zu ermöglichen, indem bürokratische Hürden abgebaut werden. Die Kommission schlägt dafür vor, ein bayerisches Best-Practice-System für den Wissenschafts- und Kulturbereich zu installieren, inklusive eines digitalen Backoffice für Verbesserungsvorschläge von Hochschulen und Ministerien. Verfahren sollen digitalisiert, Doppelstrukturen abgebaut und der Formularzwang deutlich reduziert werden. Weiter soll der Bürokratieabbau als kontinuierliche Steuerungsaufgabe etabliert werden, mit Transparenz über Bürokratiekosten auf allen Ebenen und der Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Daneben ist im Freistaat seit 2017 der Beauftragte für Bürokratieabbau, der Landtagsabgeordnete Walter Nussel, ressortübergreifend damit beschäftigt, Fälle der Überbürokratisierung einer praxisnahen Lösung zuzuführen, neue Regelungen schon vor Gesetzesbeschluss zu prüfen, Ermessensspielräume zu ermöglichen und unnötige Auswirkungen zu verhindern. Er ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich Tätige, Verbände, Unternehmen und für die Verwaltung, wenn es um bürokratische Belastungen und deren Abbau geht.

55

# KI UND JOBS: AUFBRUCH IN NEUE ARBEIT?

Ein großer deutscher Versicherer will in Deutschland bis Ende 2030 rund tausend Arbeitsplätze abbauen – im Schnitt etwa 200 pro Jahr. Konzernbegründung: stärkerer Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Zugleich sollen betriebsbedingte Kündigungen bis 2030 ausgeschlossen sein und Beschäftigte über Qualifizierung in neue Aufgaben wechseln. Der Fall zeigt die Kernfrage: Wird KI menschliche Arbeitsplätze ersetzen?



© HSS / KI-generiert

**Konrad Teichert**  
Leiter Referat „Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales“;  
KI-Beauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung

## NEIN, KI führt zu einem Strukturwandel mit neuen Jobs.

Die entscheidende Frage lautet nicht mehr, ob Künstliche Intelligenz unsere Arbeitswelt verändert, sondern wie wir diese unausweichliche Veränderung gestalten. Aktuelle Zahlen zeigen bislang das Bild einer graduellen Restrukturierung statt eines abrupten Arbeitsplatzabbruchs.

KI ersetzt derzeit Routineaufgaben, selten ganze Berufe, und gestaltet Aufgaben um. Der Fokus der Arbeit verschiebt sich auf höherwertige, kreative Tätigkeiten. Rund um den KI-Einsatz entstehen neue Berufe wie im KI-Management, in der IT-Sicherheit und in der technologischen Regulierung. Effizienzgewinne ermöglichen Unternehmen neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und zusätzliche Wertschöpfung aufzubauen. Trotz Automatisierung gibt es derzeit Grenzen für empathische, soziale und physische Berufsfelder.

Klar ist: Ein „stiller Stellenabbau“ in Großunternehmen schreitet voran. Gegenüberstellen kann man neue, technologiegetriebene Sektoren und Bereiche, die neue Geschäftsmodelle ermöglichen. Hier liegt die Zukunft der Arbeit, wenn klug wirtschafts- und bildungspolitisch gestaltet wird.

Neue Jobs brauchen neue Qualifikationen. Wenn wir jetzt nicht in die Weiterentwicklung des Bildungssystems investieren, wer soll dann die Jobs der Zukunft besetzen? Hinzu kommt: Arbeitsplatzsicherheit definiert sich künftig zentral über die Fähigkeit zur kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Der demografische Puffer funktioniert nur für eine Generation. Das heißt wir haben ein Zeitfenster, die KI-Zukunft zu gestalten, um Arbeitsplätze zu sichern und Raum für neue zu schaffen. Voraussetzung: frühzeitiger Aufbau von KI-Kompetenzen in Schule und Ausbildung.

Dafür braucht es aktives Handeln. Voraussetzung: Lernen für den Wandel und die KI-Wende! ■

# ODER BESCHLEUNIGER FÜR STELLENABBAU?



© privat / KI-generiert

**Robert Vogel**  
Dipl.-Informatiker, KI-Experte und  
Geschäftsführer der Unternehmen mit Zukunft GmbH

## JA, KI reduziert Arbeitsplätze.

Als Geschäftsführer einer KI-Firma verkaufe ich täglich Lösungen, die kognitive Arbeit schneller und autonomer und in hoher Qualität gestalten kann.

Ehrlich: Ja – unsere Technologie reduziert Arbeitsplätze. Das ist systemische Logik.

Organisationen operieren unter Effizienzdruck. Wenn KI mit weniger Ressourcen gleiche Leistung bringt, wird sie genutzt. Nicht aus Bösartigkeit, sondern weil Märkte das honorieren. Kognitive Routinearbeit fällt zuerst, komplexere Abläufe folgen. KI braucht heute wenige Minuten für Aufgaben, an denen Menschen mehrere Stunden sitzen.

KI-Agenten sind keine Tools mehr. Sie orchestrieren Prozesse, treffen Entscheidungen, werden eigenständige Akteure. Organisationen werden hybrid, der Mensch schafft die Qualität, die KI die Geschwindigkeit.

Der demografische Trost greift zu kurz. Ja, Babyboomer gehen in Rente. Aber was ist mit den 30- und 40-Jährigen, deren Jobs heute wegfallen? Der Puffer funktioniert nur eine Generation.

Trotzdem sehe ich Gestaltungsspielraum. Die Frage ist nicht ob, sondern wie wir transformieren. Führung bedeutet: ehrlich sein, frühzeitig kommunizieren, Menschen einbeziehen. Der Weg macht den Unterschied zwischen zerstörtem Vertrauen und Handlungsfähigkeit.

Meine Verantwortung: Nicht nur Effizienz verkaufen, sondern Kunden befähigen, Kapazität für Wertschöpfung zu nutzen. Innovation, Kundenbeziehungen, Strategie. Das naheliegende Szenario: Weniger Beschäftigte, höhere Anforderungen, KI als Teammitglied.

Naheliegender heißt aber nicht alternativlos. Es liegt an uns, wie wir Gesellschaft gestalten. ■

PRO

CONTRA

# «WAS MACHT EIGENTLICH ...?»

## CHRISTA STEWENS

58

© Heffotografen

**Politisch hat Christa Stewens viel erreicht: Sie war Staatsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Bayerns. Der Familie zuliebe hat die heute 80-Jährige ihr politisches Engagement heruntergefahren. Aber eine Sache macht ihr immer Spaß ...**

**Autorin: Christa Stewens**

Ja, was mache ich eigentlich zurzeit? Mein Mann, die Kinder und Enkel wüssten darauf sofort eine Antwort. Sie würden antworten: „Sie macht einfach noch zu viel und gibt keine Ruhe!“. Aber so ganz stimmt das nicht, denn ich habe mich aus der Kommunalpolitik zurückgezogen. Nach 48 Jahren als Kreisrätin im Kreis Ebersberg in den unterschiedlichsten Funktionen etwa als Fraktionsvorsitzende oder Aufsichtsrätin der Kreisklinik, habe ich nicht mehr kandidiert.

Meiner Familie habe ich versprochen: Mit 80 ist Schluss – auch mit den vielen Ehrenämtern – und daher habe ich mein Engagement zurückgefahren. Das bedeutet aber nicht, dass ich mich nicht mehr für das Bayerische Rote

Seit 2020 bin ich Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats Flughafen München. Er ist ein Dialogforum und mittlerweile eine etablierte Interessenvertretung der Flughafenregion. Das Plenum umfasst 35 Mitglieder. Die beiden Landkreise Freising und Erding, die Städte und Gemeinden, die örtliche Wirtschaft, der Regionale Planungsverband und eine Bürgerinitiative sind im Nachbarschaftsbeirat vertreten. Mittlerweile beteiligt er sich mit dem Projekt „Nachbarschaftsregion“ an der IBA München (Internationale Bauausstellung).

Die Metropolregion München ist ein gemeinsamer Lebensraum für Stadt und Land. Damit dieser Lebensraum funktioniert, müssen Wohnen, Mobilität und Nachbarschaften zusammen gedacht werden. Mobilität ist dabei wesentlich mehr als eine Frage des Transports von A nach B. Sie entscheidet über gesellschaftliche Teilhabe für Jung und Alt, für Menschen mit und ohne „Handicap“, über Selbstständigkeit in jedem Lebensalter und über Einsamkeit – ein immer größer werdendes Problem in unserer Gesellschaft. Insbesondere im ländlichen Raum

---

**«MANCHMAL IST ES EINE ‚THERAPEUTISCHE STUNDE‘.»**

59

---

**«ICH ENTWICKELE MICH STÄNDIG WEITER.»**

Kreuz (BRK), das Ambulante Kinderhospiz München, das Bayerische Wertebündnis, das „Zentrum für Qualität in der Pflege“, die Leichtathletikgemeinschaft Sempt beziehungsweise die Arbeit des Poinger Gemeinderats oder des Ebersberger Kreistags interessiere. Mein Radius ist zwar kleiner geworden, aber ich bin immer noch neugierig und will wissen, was heute die Verantwortlichen vorhaben.

Einmal in der Woche kommen die Enkelkinder, die in Poing wohnen, zu uns zum Mittagessen. Es macht mir viel Spaß, mit der jungen Generation zu diskutieren und deren Sichtweise, sei es Schule, Studium oder gesellschaftliche Entwicklungen, kennenzulernen. Dabei gibt es für mich neue Einsichten und Erkenntnisse. Manchmal ist es für beide Seiten sozusagen eine „therapeutische Stunde“, in der wir voneinander viel lernen können.

brauchen wir flexible, nachhaltige und regional passende Lösungen. Dieses Projekt „Nachbarschaftsregion“ wollen wir mit vielen gesellschaftlichen Akteuren interkommunal weiterentwickeln.

Hier bringe ich mich zurzeit mit meiner Erfahrung und meinem Wissen ein, in der Hoffnung, in einer immer komplexer werdenden Welt die Herausforderungen einer stetig wachsenden Region gemeinsam und effektiv bewältigen zu können. Um die Frage „Ja, was mache ich eigentlich?“ zu beantworten, kann ich nur sagen: Ich entwickle mich ständig weiter. ■

CHRISTA STEWENS

Von 1994 bis 2013 war sie Abgeordnete des Bayerischen Landtags und ist seit 2020 Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats Flughafen München.

# SOCIAL MEDIA

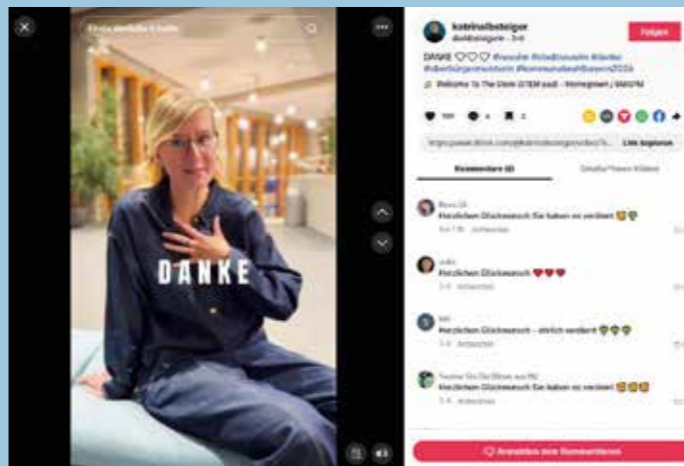
## Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



**Kerstin Schreyer, MdL,**  
stv. Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung

Für mich war es eine große Ehre als stellvertretende Vorsitzende der @stiftungfuerdemokratie, gemeinsam mit Staatsministerin @judith\_gerlach\_mdL, bereits zum zweiten Mal das Women's Breakfast eröffnen zu dürfen. (...) »

#womensbreakfast #msc2026 #siko2026  
#womenempowerment #csu



**Katrin Albsteiger,**  
Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm



DANKE »

#neuulm #stadtneuulm #danke  
#oberbürgermeisterin  
#kommunalwahlbayern2026



**Markus Ferber, MdEP,**  
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

Brauchtet ihr schon einmal dringend Hilfe? Diesen einen Moment, in dem jede Sekunde zählt? In dem man nicht nachdenken kann, sondern einfach nur handeln muss? In solchen Momenten ist es entscheidend, sofort die richtige Nummer parat zu haben! Jedes Kind kennt sie: Die 112. Heute, am 11. Februar, feiern wir in Europa den 112 Day. Einen Tag, der uns daran erinnert, wie wichtig diese Nummer ist. Obwohl fast jeder in Deutschland diese Nummer kennt, wissen jedoch die wenigsten, dass die #112 auch in allen anderen EU-Ländern gilt. »



**Judith Gerlach, MdL,**  
Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention

(...) Eröffnung des „Munich Center for Health Economics and Policy“. Es ist der größte Zusammenschluss von Forschern aus den Bereichen Gesundheitsökonomie und Gesundheitspolitik im süddeutschen Raum. Ziel: interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken. (...) »



**Marcus König,**  
Oberbürgermeister von Nürnberg

Vielen Dank! Danke an die Wählerinnen und Wähler, an meine Familie, an alle Unterstützer, an meine Partei CSU. Ich bin dankbar und stolz, meiner Heimatstadt Nürnberg weiter als Oberbürgermeister dienen zu dürfen. Ich verspreche: Ich werde weiter mein Bestes für Nürnberg geben. Wir alle sind Nürnberg! © Christiane Kohlhof. »



**Klaus Holetschek, MdL,**  
CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag



Vier Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs ist unsere Haltung klar: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Was dort verteidigt wird, ist nicht nur ein Land – es ist die Freiheit Europas, unser Verständnis von Demokratie und Selbstbestimmung. Wegsehen ist keine Option. Relativieren auch nicht. Slawa Ukrajini. »

#Ukraine #Solidarität #Europa #Freiheit #Zeitenwende

# MILITÄR IM UMBRUCH DIE BUNDESWEHR IM WANDEL DER ZEIT

**Autor: Andreas von Delhaes-Guenther**  
Leiter des Referats Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung

**62 Die Geschichte der Bundeswehr, die bei ihrer Gründung 1955 nur zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch hochumstritten war, erlebte zahlreiche Wendungen. Wehrpflicht, Zivildienst, Frauen beim Dienst an der Waffe und wechselnde Aufgaben – all das hat die Bundeswehr geprägt.**

Bereits Anfang der 1950er-Jahre führte die enorme konventionelle Übermacht der sowjetischen Streitkräfte zu Diskussionen über eine deutsche Wiederbewaffnung. Gegen starken Widerstand stimmte 1952 der Bundestag einem deutschen Verteidigungsbeitrag zu. Es war der junge CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß, der die Stimmung in der Debatte drehte: Die „180 Divisionen und über drei Millionen Mann“ der Roten Armee könnten „nicht mehr als Friedensarmee“ gesehen werden. „So gern ich auch die beiden mitsammen sprechen sehe, so möchte ich doch Herrn Dr. Adenauer und Herrn Dr. Schumacher nicht gern hinter Stacheldraht im Ural sich darüber unterhalten sehen, was sie im Frühjahr 1952 hätten tun sollen!“ Europa müsse durch eigene Stärke „jeden Angriff für den Angreifer zum Selbstmord machen“.

## Staatsbürger in Uniform

Die ersten Freiwilligen, die schließlich am 12. November 1955 wenige Monate nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik in die Kasernen einrückten, erhielten Zulauf durch die vor 70 Jahren eingeführte Wehrpflicht für Männer ab 18 Jahren. Unter dem Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ waren es zunächst 12 Monate Dienst, ab 1962 dann 18 Monate. Ab 1973 sank die Dauer stetig auf zuletzt nur noch sechs Monate. Ihren ersten (gesetzeswidrigen) Inlandseinsatz hatte die Bundeswehr bei der Sturmflut 1962 an der deutschen Nordseeküste, ab 1968 war das auch gesetzlich erlaubt.

Zunächst führte der Kalte Krieg zu einer raschen Akzeptanz der neuen Streitkräfte. Warnung genug waren die Berlin-Blockade 1948 sowie die blutig niedergeschlagenen Volksaufstände 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der damaligen Tschechoslowakei („Prager Frühling“). Eine Ausnahme bildeten die Menschen, die keine Waffe tragen wollten. Vor 65 Jahren, am 10. April 1961, traten erstmals sogenannte „Kriegsdienstverweigerer“ ihren

**«AUF IHREM HÖHEPUNKT DIENTEN IN DEN 80ER-JAHREN  
FAST 500.000 SOLDATEN IN DER BUNDESWEHR.»**



Evakuierungsoperation im Sudan: Spezialkräfte des Heeres besteigen im April 2023 das zweite Transportflugzeug vom Typ A400M in der jordanischen Kleinstadt Al-Asrak. Sie liegt rund 80 Kilometer östlich von der Hauptstadt Amman entfernt.

Ersatzdienst an. Grundlage dafür war Artikel 4 des Grundgesetzes, der das Recht garantiert, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. Die ersten „Zivis“ arbeiteten anfangs vor allem in sozialen Einrichtungen, Kliniken oder Pflegeheimen. Besonders die Friedensbewegung der „1968er“ ließ ihre Zahl anwachsen.

Auf ihrem Höhepunkt dienten in den 1980er-Jahren fast 500.000 Soldaten in der Bundeswehr (darunter 230.000 Wehrpflichtige) und sie besaß mehr als 1.450 Flugzeuge, mehr als 9.300 Panzer aller Art, 1.000 Artilleriegeschütze und mehr als 175 Kriegsschiffe. Die Mobilisierungsstärke der Bundeswehr lag bei 1,3 Millionen Mann.

Erst am 2. Januar 2002, also vor 25 Jahren, durften Frauen auch mit der Waffe Dienst in der Bundeswehr leisten. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes hatte den Weg zur vollen Gleichberechtigung frei gemacht, da seit 1975 Frauen nur in bestimmten Bereichen wie dem Sanitäts- oder im Militärmusikdienst zugelassen waren. Heute sind Frauen auch in Führungspositionen der Bundeswehr vertreten, es gibt rund 7.200 Offizierinnen.

## Zeitenwenden

Nach der Deutschen Einheit 1989/90, der Eingliederung der Nationalen Volksarmee der DDR und dem Ende der Sowjetunion schienen friedliche Zeiten angebrochen.

Auslandseinsätze, darunter Bosnien, Kosovo, Afghanistan oder der Kampf gegen den IS bestimmten die Debatten und die militärische (Aus-)Rüstung.

Verschiedene Gründe, darunter unter anderem die steigende Ungerechtigkeit beim Antritt zum Wehrdienst führten dazu, dass die Bundesregierung die Wehrpflicht vor 15 Jahren aussetzte. Am 3. Januar 2011 rückten die letzten Wehrpflichtigen zum Dienst ein, auch der Zivildienst wurde beendet. Eine Freiwilligen- und Berufsarmee mit derzeit rund 186.000 Soldaten folgte. Schon wenige Jahre nach dem Amtsantritt Putins 1999 wurde durch seine sowjetnostalgischen Äußerungen, die Aufrüstung und seine Kriege in Tschetschenien, Georgien, Syrien und der Ukraine klar, dass der Frieden in Europa wieder in Gefahr war und man den Fokus wieder auf Landesverteidigung legen musste.

Der Beginn des umfassenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ab 2022 löste die sogenannte „Zeitenwende“ aus. Die Bundeswehr soll nun im Eiltempo wieder verteidigungsfähig werden – und ein Wehrdienst wird zunächst auf freiwilliger Basis eingeführt. Eine wechselvolle Geschichte der Bundeswehr mit offenem Ende. ■

63

# TÖCHTER IN FÜHRUNG



**Autorin: Uta Staschewski**  
Leiterin des HSS-Auslandbüros in Kenia

# D

**Die HSS-Initiative „Binti Uongozini“ bringt seit 2018 Frauen in Kenia zusammen, die sich politisch engagieren und Verantwortung übernehmen wollen. Eine von ihnen ist die Juristin und Menschenrechtlerin Martha Wangari Karua, die 2027 für das Präsidentenamt kandidiert. Reportage über ein Erfolgsprojekt.**

Die Augen der jungen Frauen leuchten auf, als eine ältere Frau im gelben Kleid einen Hotelkonferenzraum in Nairobi betritt. Es ist Martha Wangari Karua, die Autorin des Buchs „Against the Tide“ („Gegen den Strom“, erschienen 2024), das einige der insgesamt 15 Frauen auch mitgebracht haben. Die 68-jährige Juristin und Menschenrechtlerin ist für viele junge Mädchen und Frauen in Kenia Inspiration und Vorbild zugleich, sie gilt vielen als „Grande Dame“ der Politik.

Karua hat gezeigt, dass man als Frau in der kenianischen Politik Erfolg haben kann, gesehen wird und viel bewirken kann. Sie war von 2005 bis 2009 Justizministerin, später Präsidentschaftskandidatin der „National Rainbow Coalition – Kenya“. Die Politikerin kandidiert 2027 erneut für das höchste Amt im Staat.

**Stolz darauf, eine „Binti“ zu sein**

Diese 15 Frauen sind Teil eines insgesamt 25-köpfigen Buchclubs, der sich dreimal im Jahr trifft und über ausgewählte Sachbücher diskutiert, von und über Politikerinnen und namhafte weibliche Führungspersonen wie die ehemalige First Lady der USA Michelle Obama – oder über Karuas aktuelles Werk „Against the Tide“.

Dieser Club ist Teil des Projekts „Binti Uongozini“ (Kiswahili: „Tochter in Führung“), welches die HSS im Jahr 2018 ins Leben gerufen hat. Ziel: Mehr Frauen in politische Ämter zu bringen – sei es auf lokaler, regionaler oder internationaler Ebene. Seit der Gründung vor acht Jahren hat das Netzwerk rund 40 Frauen als Mitglieder gewonnen, die sich stolz als „Binti“ bezeichnen.

„Binti Uongozini“ steht für einen fachlichen wie persönlichen Austausch. Die Frauen berichten von Erfolgen und Rückschlägen im politischen Alltag, unterstützen sich bei Wahlkämpfen und ermutigen andere, selbst Verantwortung zu übernehmen. Ursprünglich war das Projekt als Führungskräfte-Training konzipiert worden. Es vermittelte politisches Basiswissen wie „Was macht eine Demo-



Setzt sich für mehr Frauen in der kenianischen Politik ein: Autorin und Politikerin Martha Karua.

Oben: Damaris, HSS-Mitarbeiterin und Genderprogrammleiterin, nimmt den Preis für „Binti Uongozini“ 2022 entgegen. Unten: „Binti Uongozini“ steht für Austausch, untereinander helfen und Netzwerken.

Macherinnen: Buchclub-Binitis, Autorin Martha Karua (Mitte gelbes Kleid) und Uta Staschewski, Leiterin des HSS-Büros in Kenia (vierte von links).

**Warum es eine Initiative wie „Binti“ braucht, erklärt Uta Staschewski im Video:**



kratie aus?“, „Wie präsentiere ich mich als Politikerin in der Öffentlichkeit?“.

## Politische Partizipation von Frauen

Seit seiner Gründung hat das Projekt viel erreicht: zahlreiche „Bintis“ haben politische Mandate, diplomatische Funktionen oder leitende Positionen in staatlichen Institutionen übernommen. Eine von ihnen ist Bina Maseno. Die 35-Jährige hat „Badili Africa“ gegründet, eine Organisation, die sich für die politische Partizipation von Frauen einsetzt – insbesondere in Slums, auf dem Land und in Bildungseinrichtungen wie Universitäten.

Maseno gehört „Binti Uongozini“ seit 2018 an. Besonders wichtig ist ihr der langfristige Ansatz der HSS-Initiative: „Trainings und Workshops enden oft nach ein paar Tagen – und dann steht man wieder allein da. Mit „Binti“ ist eine Gemeinschaft entstanden, in der wir uns gegenseitig stärken und vor allem regelmäßig sehen.“ Das Ergebnis: Diese langfristige Begleitung schafft, was punktuelle Schulungen nicht leisten: politische Resilienz und langfristige Netzwerke.

## Preis für Diversität gewonnen

Was für ein großartiger Erfolg „Binti Uongozini“ für Kenia und seine Netzwerkerinnen ist, beweist die Preisverleihung bei den „National Diversity and Inclusion Awards & Recognition Kenya“, bei der das Projekt den zweiten Platz der Kategorie „Diversität und Inklusion“ für Gleichberechtigung gewonnen hat.

Zwar ist die politische Teilhabe von Frauen in Kenia gesetzlich verankert, doch die Realität sieht anders aus. In der „National Assembly“ (das Kenianische Parlament besteht aus zwei Kammern) liegt der Frauenanteil bei nur 19 Prozent, im Senat bei rund 27 Prozent. Allerdings verändert die gesetzliche Quote keine Machtverhältnisse. Für „Binti Uongozini“ heißt das: Es muss noch viel mehr politische Überzeugungsarbeit geleistet werden. ■

**Die ganze Reportage über das HSS-Erfolgsprojekt „Binti Uongozini“ in Kenia gibt's hier:**



# MEHR EIGENINITIATIVE WENIGER VERSORGUNGSSTAAT

**Autorinnen:** Dr. Claudia Schlembach, Leiterin Wirtschaft und Finanzen und  
Antonia Disselkamp, Werkstudentin bei der Hanns-Seidel-Stiftung

**Die deutsche Wirtschaft kriselt, Insolvenzen steigen, Firmen wandern ab. Wohlstand in unserem Land auch für künftige Generationen zu erhalten und zu mehren, darum drehte sich die Podiumsdiskussion „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie – eine fruchtbare Symbiose“.**

In Zeiten globaler Unsicherheit gewinnen Narrative an Kraft, die bestehende Wirtschaftssysteme und demokratische Institutionen infrage stellen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, beleuchtete die „Akademie für Politik und Zeitgeschehen“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit „Junger Wirtschaftsbeirat“ der Union sowie dem „Roseninselnkreis“ die Potenziale der sozialen Marktwirtschaft als stabiles Fundament für die Zukunft.

Prof. Dr. Diane Robers, Leiterin der „Akademie für Politik und Zeitgeschehen“, moderierte eine lebhafte Debatte. „Soziale Marktwirtschaft war ja nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein Gesellschaftsmodell“, betonte Professor Dominik Wanner, Programmdirektor beim Worcester College (Universität Oxford) und Gründer des Experten-netzwerks „Roseninselnkreis“. Er mahnte an, dass das Modell der 1950er-Jahre angesichts von Globalisierung und demografischem Wandel dringend modernisiert werden müsse.

## Schweden als Vorbild

Der Gedanke der Neuausrichtung ist wichtig. Er setzt eine fundierte Zukunftsplanung und eine ehrliche Bestandsaufnahme voraus – ein Weckruf, um die aktuelle Lage Deutschlands nüchtern zu bewerten und die Lust an der Gestaltung wieder positiv zu besetzen.

Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, machte deutlich: Während Nachbarstaaten wachsen würden, verliere Deutschland real an Wohlstand pro Kopf. Er kritisierte die Entwicklung hin „zu einem Versorgungsstaat“ und forderte, sich auf mehr Eigeninitiative zurückzubedenken. Als zentralen Hebel

nannte Gößl einen massiven Bürokratieabbau. Nach schwedischem Vorbild könnten in Deutschland jährlich rund 146 Milliarden Euro zusätzliche Wertschöpfung generiert werden.

Benjamin Morgan, Professor für Germanistik und Vergleichende Literaturwissenschaften an der Universität Oxford, argumentierte: „Um die Marktwirtschaft zu schützen, muss Bildung Marktprozesse wieder positiv als Mittel zur individuellen und gemeinschaftlichen Bereicherung erklären.“ Moderatorin Robers hakte nach: „Wie lässt sich dieser Gründergeist wieder als erstrebenswerter Lebensweg in den Köpfen verankern?“ Nach Ansicht von Dr. Stefan Ebner geht das nur, indem ein anderes Bild von Unternehmern und Gründern gezeichnet werde. Der CSU-Landtagsabgeordnete forderte eine neue Gründerkultur, die bereits in Schulen und Universitäten als „attraktive Karriereoption“ vermittelt werde, um negativen medialen Stereotypen entgegenzuwirken. Ebenso plädierte er für einen Staat, der als Auftraggeber mutiger für innovative Start-ups auftritt.

## Mehr positive Fehlerkultur

Wie die kommunale Realität aussieht, schilderte Walentina Dahms, Bürgermeisterin von Markt Schwaben (Kreis Ebersberg). „Wenn jeder vor der eigenen Tür kehrt, dann ist’s überall sauber“, sagte sie. Die Rathauschefin kennt die täglichen Herausforderungen und weiß – trotz bürokratischer Hürden – ihren Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten. Ihr Appell: „Mehr positive Fehlerkultur und ein Ende des Pessimismus“.

Fazit der Veranstaltung: Es braucht eine neue Gewinnermentalität, bei der Arbeit als integraler und sinnstiftender Bestandteil des Lebens begriffen wird. „Wenn es gelingt, Anstrengung und Leistung wieder als Quelle persönlicher Gestaltungskraft zu begreifen, kann unsere Gesellschaft nachhaltig gestärkt werden“, so Moderatorin Robers. ■



Spannende Gäste: Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, Walentina Dahms, Bürgermeisterin, Dr. Stefan Ebner, CSU-Landtagsabgeordneter, Prof. Dr. Diane Robers, Leiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der HSS, Benjamin Morgan, Professor für Germanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft, und Prof. Dominik Wanner (beide Universität Oxford).



Eine neue Gründerkultur forderte Dr. Stefan Ebner, im Gespräch mit Prof. Dr. Diane Robers.

Die Experten sprachen über die Potenziale der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Laut Dr. Manfred Gößl verliert Deutschland real an Wohlstand pro Kopf im Vergleich zu den Nachbarstaaten.

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

© 2026, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München  
Tel. +49 (0) 89 1258-0  
Publikationen@hss.de  
www.hss.de

**Vorsitzender:** Markus Ferber, MdEP

**Generalsekretär:** Dr. Josef Widmann

**Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit:** Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

## Redaktion:

Andreas v. Delhaes-Guenther (Redaktionsleiter Publikationen)

Anne Wildermann (Redakteurin)

**Art Director:** Julia Ehrenreich

**Satz:** Marion Steib

**Bildbearbeitung:** Samuel Gumberger

**Druck:** Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Sämtliche im Magazin verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

**Hinweis zum Datenschutz:** Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

**Titelmotiv:** Julia Ehrenreich, Samuel Gumberger, mit KI generiert (Sora)

ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, matt  
100% Altpapier FSC Recycled Credit, GFA-COC-001203

# Wollen Sie mehr...

... über Politik und Gesellschaft wissen?  
Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies  
Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über [Publikationen@hss.de](mailto:Publikationen@hss.de)

Jetzt gratis bestellen



# #politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter [hss.de/publikationen/](https://www.hss.de/publikationen/) können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns-Seidel-Stiftung  
Lazarettstr. 33, 80636 München  
[www.hss.de](http://www.hss.de) | [publikationen@hss.de](mailto:publikationen@hss.de)  
T +49 (0) 89 1258-0

ISSN (Print) 2940-2298  
ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung  
[instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)  
tiktok: Hanns.Seidel.Stiftung  
[youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)  
[facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)  
[x.com/HSSde](https://x.com/HSSde)

whatsapp:  
Hanns-Seidel-Stiftung e.V

